

<36632873620019



<36632873620019

Bayer. Staatsbibliothek

J. publ. geom. 730

Schmidt

Beyträge

zum

Staats- und Völkerrecht

der Deutschen

von

D. Friedrich Christian Schmidt.



Erster Theil.



Regensburg 1796.

Gedruckt mit Rotermundtischen Schriften.

Non metus; officio nec me
certasse *priorem* poeniteat.

Virgil.

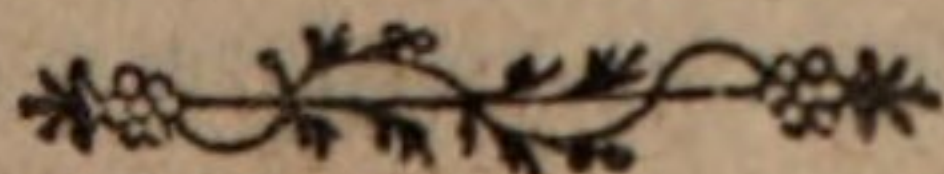




Beyträge

zum Staats - und Völkerrecht der Deutschen; enthaltend:

- I. Vorrede: Veranlassung und Absicht dieser Beyträge.
- II. Historisch - publicistische Einleitung zur Königlich-Preussischen Erklärung über die Landeshoheits-Irrungen in den fränkischen Fürstenthümern Ansbach und Bayreuth.
- III. Diese Königliche Erklärung nebst einigen vorläufigen Anmerkungen und einem Beschlusse des 1ten Theils 1796.



V o r-

1840

1840

1840

1840

1840

1840

1840

1840

1840

1840

1840

1840

1840

1840

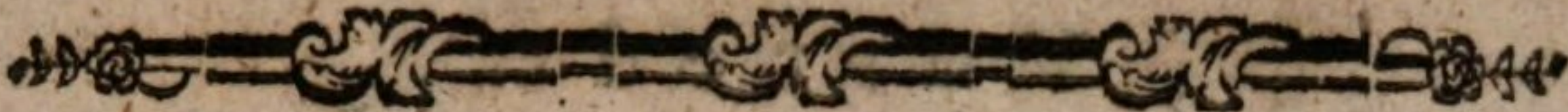
1840

1840

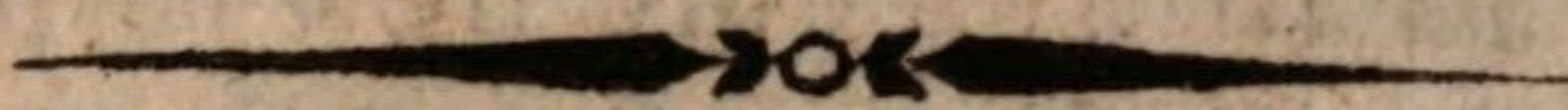
1840

1840

1840



V o r r e d e.



Jupiter liefs sich einst, wie Lucian erzählt, mit einem Bauern in Gespräch ein. Die Unterredung kam bald auf die Welt-Regierung, worüber der Landmann allerley zu bemerken hatte. Durch die gütige Antwort des Gottes beherzt, liefs er bald einige Zweifel blicken, und häufte endlich Einwürfe auf Zweifel, bis Jupiter den Donner schüttelte, den er stets in der Rechten hält. — Nun — rief jener — nun habe ich Unrecht, denn mit dem Donner kann ich nicht streiten.

Hätten die Königlich-Preussischen Publicisten, zum Grunde der bekannten gewaltsamen Vorschritte und bedenklichen Neuerungen in Franken, bloss Uebermacht und Konvenienz, oder in
der

V o r r e d e.

der Sprache der Politik: Gleichgewicht und Arrondissement angeführt, oder nach dem Beispiel der Declaration über den Preussischen Separat-Frieden, den Drang gebietender Umstände; die allgewaltige Hand der Vorsehung etc. vorgeschützt, oder auch nur das Sytême des Impôts — angegeben, das freilich in gemischten Reichsländern so wenig einträglich als anwendbar seyn möchte, so würde der friedliebende Privatmann hierüber ruhig nachdenken und schweigen; denn mit zweimal hundert-tausend handvesten Söldnern kann kein Schriftsteller streiten. Da dieses aber der Fall nicht ist, vielmehr die brandenburgischen Politiker, indem sie die Grundveste der deutschen Konstitution werktbätig erschüttern, noch immer kein dringenderes Geschäft kennen, als ihren Patriotismus; die treue Anhänglichkeit ihres Königs an die Reichsgesetze und Verfassung wiederholend und feierlichst zu bezeugen, so ist eine staatsrechtliche Erwägung jener Thatfachen; und gründliche Darstellung: dass sie mit den wesentlichsten Reichsgrundgesetzen nicht bestehen können, — die Pflicht des Menschen, dem

V o r r e d e.

dem das Schicksal seiner Nebenmenschen nicht gleichgültig ist; Pflicht des Bürgers, der die Folgen der veränderten staatsgesellschaftlichen Formen unmittelbar empfindet; Pflicht des Beamten, der eben diese gesetzliche Formen nach Maassgabe seiner Kräfte zu wahren hat; so ist es dreifache Pflicht dessen, in welchem alle diese Verhältnisse vereinigt sind.

Die Ursachen, wodurch ich bewogen wurde, die allgemeine Königliche Erklärung zum Gegenstand meiner Betrachtung vorzüglich zu wählen, kommen am gehörigen Orte; am Ende der Einleitung vor. Meine Gründe unterwerfe ich dem unbefangenen Urtheil des sachkundigen Publikums. Fern von Nebenabsichten, Privathass und Eigendünkel, kann mir nichts erwünschter seyn, als wenn meine Meynung gründlich geprüft, und mir dadurch zur weitem Entwicklung der Materien Anlaß gegeben würde, welche in den Anmerkungen nur berührt, oder höchstens im Grundriss dargestellt werden konnten. Dabin gehört hauptsächlich die Lehre; Von der
Ver-

V o r r e d e.

Verbindlichkeit eines Regenten die Regierungshandlungen seiner Vorfahren zu gewähren, die der besten Aufklärung würdig und fähig ist.

Es wäre, dünkt mich, endlich einmal Zeit, unsere guten Regenten von der Schmach eines Todtengerichts zu retten, welches ihre lieben Brüder Vetter und Schwäger zuweilen über sie verhängen, und wobey ihre eigene Diener und Rätbe nicht selten die Rolle des Minos übernehmen. — Wahre Regentenhandlungen bedarfen keiner Bestätigung, und die übrigen Verrichtungen eines Regenten können, durch alle Wiederholungen und die theuersten Konfirmationen zu keiner Regentenhandlung erhoben, und in dieser Hinsicht, für den Staat verbindlich werden. Diesen, allen Staatsgesellschaftlichen Verbindungen hochwichtigen Lehrsatz glaube ich theoretisch und praktisch dargethan zu haben, obschon in jeder Absicht noch manches hinzugefügt werden könnte. Besonders würde der praktische Theil meines Beweises eine größere Ausdehnung verdient haben, wenn die
Art

V o r r e d e.

Art des Vortrags nicht die möglichste Kürze nothwendig gemacht hätte. Die Zukunft kann hierzu noch immer Musse und Anlaß gewähren. —

Im Ausdrücke habe ich mich bemühet verständlich, und weder angreifend noch anzüglich zu seyn. So schwer es auch ist bey so vielen brennbaren Stoffe unentzündet zu bleiben, so glaube ich dennoch, weder die Schranken der rechtlichen Vertheidigung überschritten, noch die Verehrung, die man würdigen Regenten schuldig ist, noch die jeder bürgerlichen Obrigkeit gebührenden Achtung vergessen zu haben. Selbst die in ähnlichen Fällen eben nicht ungebräuchliche Benennung: „Joch, Unterjochung“ etc. habe ich von einer Regierung mir nicht erlauben mögen, die zwar die Vorzüge der Reichsfreyheit ausschließt, jedoch die genügsamen Wünsche so vieler Mitmenschen befriedigt, und dem Reichsunmittelbaren immer drückend und unerträglich dünkt: Non quia crudele illud; sed quoniam graue Omne infuetis onus.

Ich habe mich schon über diesen Punkt erklärt, und jeder Vernünftige würde, wie der alte Phrygier denken und lehren, wenn es mit Deutschland

V o r r e d e.

Verbindlichkeit eines Regenten die
gierungshandlungen seiner V
ren zu gewähren, die der besten Auf
würdig und fähig ist.

*Es wäre, dünkt mich, endlich einmal
unsere guten Regenten von der Schmach
Todtengerichts zu retten, welches ihre lieben
der Vetter und Schwäger zuweilen über sie
hängen, und wobey ihre eigene Diener und I
nicht selten die Rolle des Minos übernehmen.
Wahre Regentenhandlungen bedarfen keiner Be
tigung, und die übrigen Verrichtungen eines
genten können, durch alle Wiederholungen
die theuersten Konfirmationen zu keiner
gentenhandlung erhoben, und in dieser Hinsic
für den Staat verbindlich werden. Diesen, al
staatsgesellschaftlichen Verbindungen hochwichtig
Lehrsatz glaube ich theoretisch und prakti
dargethan zu haben, obschon in jeder Absicht no
manches hinzugefügt werden könnte. Besonde
würde der praktische Theil meines Beweises
größere Ausdehnung verdient haben.*

Vorrede

rt des Vortrags nicht die möglichste Kürze nothwendig gemacht hätte. Die Zukunft kann hierzu ob immer Musse und Anlaß gewähren. —

Im Ausdrücke habe ich mich bemühet verständlich, und weder angreifend noch anzüglich zu seyn. So schwer es auch ist bey so vielen brennbaren Stoffe unentzündet zu bleiben, so habe ich dennoch, weder die Schranken der rechtlichen Verteidigung überschritten, noch die Verehrung, die man würdigen Regenten schuldig ist, noch die der bürgerlichen Obrigkeit gebührenden Achtung vergeffen zu haben. Selbst die in ähnlichen Fällen eben nicht ungebräuchliche Benennung: „Joch, Interjochung“ etc. habe ich von einer Regierung mir nicht erlauben mögen, die zwar die Vorzüge der Reichsfreyheit ausschließt, jedoch die genügsamen Wünsche so vieler Mitmenschen befriedigt, und dem Reichsunmittelbaren immer drückend und unerträglich dünkt: Non quia crudele illud; sed quoniam graue Omne infuetis onus.

Ich habe mich schon Punkt er-
klärt, und jeder Vernünftige
Pbrygier denken und

V o r r e d e.

land dahin gekommen wäre, wo Athen zu den Zeiten des Pisistratus sich befand. Damit hat es aber, aller politischen Verkündungen ungeachtet, noch gute Weile — Die gegenwärtigen Umstände lassen diesen Fall so wenig besorgen, dass sie vielmehr in Hinsicht auf die Erhaltung, und Verbesserung der deutschen Konstitution die heitersten Aussichten öffnen. Auf alle Fälle dürften diejenigen, welche durch unzeitige Furcht oder andere Unstärken, zur Hintansetzung älterer zur Zeit noch nicht aufgelösten Pflichten sich verleiten lassen, durch diesen Schritt weder bey standhaften Nachbarn noch dem wahren brandenburgischen Patrioten sich sonderlich empfehlen, der die Treue gegen Oberherren kennt, und hoffentlich auch bey Andern zu schätzen wissen wird.

Geschrieben im November 1796.



Historisch - publicistische
E i n l e i t u n g

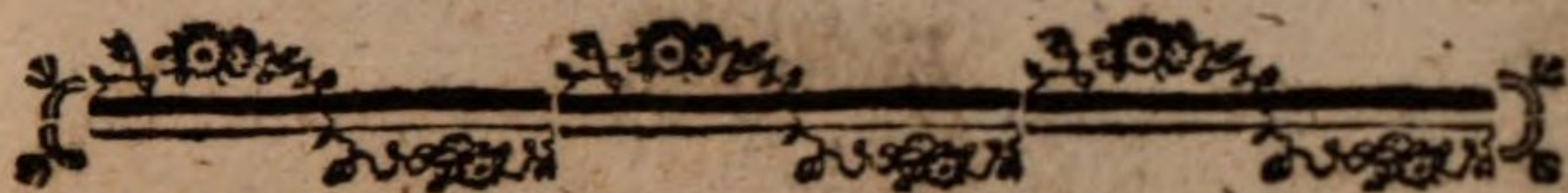
zur

Königlich Preussischen Erklärung
über die Landeshoheits - Irrungen in den
fränkischen Fürstenthümern

Ansbach und Bayreuth

1 7 9 6.

*Ornāri res ipsa vetat,
Contenta doceri.*



Einleitung.



Die *Königlich-Preussische Erklärung über die Landeshoheits-Irrungen in den fränkischen Fürstenthümern Ansbach und Bayreuth (1796)* worinn die Gründe, welche die neuen und neuesten Vorschritte der königlichen Regierungen in Franken bestimmten, dem deutschen Publikum vorgelegt werden, ist dem größten Theil dieses Publikums vollkommen unverständlich, wenn nicht die Thatfachen vorausgeschickt werden worauf die Erklärung sich überall beziehet, und die bisher nur dem kleinern Reichtheil, den jene Vorschritte unmittelbar getroffen und zurück gedrängt haben, vollständig bekannt geworden sind.

Es

Es sey mir also erlaubt diese Thatfachen in einem, auf das wesentlichste eingeschränkten Auszuge vorzutragen, und in beständiger Hinsicht auf die deutsche Staatsverfassung, in das gehörige Licht zu setzen.

* * *

§. I.

Landeshoheits - und andere Grenz-Irrungen waren zu allen Zeiten, selbst den friedefertigsten Völkern, deren Wohnorte an andere bewohnte Länder gränzten, nicht unbekannt, und sind in einem Reiche, das aus verschiedenen, von einander völlig unabhängigen Staaten zusammengesetzt ist, fast unvermeidlich.

Zwiste dieser Art wurden im mittlern Zeitalter durch die Gewalt der Waffen abgethan: Stärke galt damals in Deutschland so viel als Recht, und der Sieger so lange für den Herrn des Besiegten, bis
auch

auch ihn die Reihe traf, geworfen und überwunden zu werden.

§. 2.

Unter solchen Umständen ist weder ruhiger Besitz noch wahres Eigenthum denkbar. Und da der glücklichste Krieger den Umschlag des Kriegesglücks nicht verhüten; der vernünftige Eroberer daher nichts sehnlicher wünschen kann, als der Früchte seiner Siege in Ruhe und Frieden zu genießen, so waren auch diejenigen, welche in dieser Fehdezeit viel gewonnen und — viel zu verlieren hatten, gerade die vordersten unter denen, die auf Abstellung des Faustrechts antrugen, und dem Kaiser in einem dringenden Nothfall, so lange allen Beystand versagten, bis der beständige Landfriede, in Verbindung mit seiner holden Zwillings - Schwester, der Rechtspflege, errichtet und eingeführt war.

(M. S. Datt de P. P. L. 5, cap. 7. pag. 825. u. f.

Müllers Reichstags-Theater unter Max. I. S. 373.

u. f.)

§. 3.

§. 3.

So erhielt Deutschland auf dem Reichstage zu Worms am 7ten August 1495. ein Reichsgrundgesetz, worinn das Eigenthumsrecht *nach Maasgabe des damaligen wirklichen Besitzstandes* feyerlich anerkannt und dem oberstrichterlichen Schutze untergeben, alles „Befehden, Bekriegen, „Berauben, Vahen, Ueberziehen, Belagern etc. auch darinn durch sich selbst, „oder jemand anders feintwegen zu dienen, das *Abfeigen* der Schlöfs - Stätte, „Mark Bevestigung Dörfer Höfe oder Weyler etc.; jede eigenmächtige Besitzstörung eines Reichsunmittelbaren gegen den andern, wes Standes, Würden und Wefens er sey, bey schweren Strafen verboten, und überhaupt die ganze staatsgesellschaftliche Verbindung der deutschen Völkerschaften, und ihre wahre Wohlfarth auf die Unverletzlichkeit, auf das Heiligthum des Besitzes Aller, und Jedes so vest gegründet wurde, als unter Menschen und Völkern hienieden irgend etwas gesetzlich be-

bestimmt und verbindlich beschloffen werden kann.

(M. S. den Landfrieden und die K. G. O. in der neuen Samml. der R. A. Th. 2. S. 3. 6. u. f.)

§. 4.

„Zur Aufrechterhaltung des Landfriedens und Rechts, wurde auf dem Reichstage zu Augsburg im Jahre 1500. nächst einer zweckmäßigen Erklärung des Landfriedens, das Reichsregiment errichtet. Dieses sollte, nach dem Reichs-Abschiede vom Jahre 1548. §. 38. in allen Fällen, wo die Besitzstörung mit öffentlicher Gewalt verbunden war, die höchstrichterlichen Gebotsbriefe gar nicht abwarten, sondern „foderfamst den Entsetzten zur Restitution des Ihrigen verhelfen etc.“ und dann den Friedensstörer und seine Ansprüche dem Reichsrichteramte übergeben. Diese schnelle Hülfe wurde im Reichsabschied vom Jahre 1555. §. 31. auch auf heimlich verübte Gewaltthaten erstreckt, und durch

B

meh-

mehrere andere heilsame Verordnungen unterstützt; endlich wurde *vorzüglich in dieser Absicht*, nämlich: um die Mittel „zur Aufrechterhaltung des Landfriedens und Rechts“ herstellen und erhalten zu können, den Ständen erlaubt, ihre Unterthanen mit Steuern zu belegen.

(M. S. den R. A. v. 1555. §. 32 — 94. und die Execut. O. de eodem §. 82.)

§. 5.

Diese Grundpfeiler der deutschen Konstitution sind fast in allen Staatsverhandlungen, die in der Folge vorkamen, erneuert und bevestigt worden. Der Reichsabschied von 1559; der jüngste R. A. haben der gerichtlichen Gewalt, *vorzüglich in Absicht auf Landfriedensbrüche* mehr Nachdruck und Bestimmtheit ertheilt. Der westphälische Friedensschluss hat den Besitzstand und die Restitution derjenigen, die des Besitzes beraubt wurden, aus welchem Vorwand oder Grunde solches geschehen feyn möchte, unter Hinweisung der Ansprüche zur rechtlichen Erörterung, seinen

nen hochwichtigsten Verordnungen zum Grunde gelegt, und nächst der Wiederholung und Bestätigung der ältern Reichsgesetze und löblichen Gewohnheiten, im 1ten §. des 8ten Artikels und an mehreren andern Stellen neuerdings vestgesetzt: dass der Besitzstand auch in Zukunft allenthalben aufrecht erhalten, und so unverletzbar und heilig seyn soll, *ut a nullo, unquam, sub quocunque praetextu, de facto turbari possit vel debeat.* (add. Art. 17. §. 7.)

§. 6.

Dieses Reichsgrundgesetz, welches wahre Kenner und Freunde der bürgerlichen Ordnung in Deutschland nie genug loben können, und das verschiedene moderne Politiker mit dem Spitznamen eines ewigen Friedens zu belegen belieben — ist so wohl von Preussen als Kurbrandenburg in allen wichtigen Staatsverhandlungen anerkannt in der Wahlkapitulation eidlich bestätigt, und noch neuerdings im Teschner Frieden dermassen erneuert und befestigt.

stigt worden, als wenn es darinn, seines ganzen Inhalts nach, wörtlich wiederholt und folchem einverleibt wäre.

(M. S. den gedachten Friedensschluss Art. XII.)

§. 7.

Erst von der Zeit an, da der Landfriede errichtet, und die Rechtspflege angeordnet war, konnte Deutschland auf den Ehrentitel eines civilisirten Staats wieder Anspruch machen, und wenn gleich die lange Gewohnheit an Eigenmacht und nachbarlichen Raufereyen noch manchen Rückfall in das Fieber der Anarchie verspüren liefs, und einige Uebermächtige wohl eingesehen haben möchten, dass ihre Forderungen ficherer von handvesten Reifigen als durch Urthel und Recht geltend zu machen wären, so wurden dergleichen Abfälle in der Folge doch immer seltener und allemal wie eine Krankheit betrachtet, die den gefunden Zustand des Staatskörpers anschaulich schätzenswerther machte, und zu dessen Wiederherstellung und Erhaltung alle Sorgfalt auffoderte.

Höchst.

Höchststrichterliche Gebote und andere rechtliche Erkenntnisse waren die gesetzlichen Waffen, womit unnachbarliche Nachbarn bestritten, aber freilich nicht immer gehörig besiegt werden konnten: Die stolze Macht schämte sich nicht, die schleichende Politik zur Hülfe zu rufen; tausend Mittel wurden erfunden, um mit einigem Anschein von Billigkeit, dem Gesetze den schuldigen Gehorsam zu versagen. Die alten Rechtshändel wurden nie geendigt, vielmehr durch neuere vermehrt. Was seiner Natur nach Wohlthat war und noch seyn könnte und sollte, ward nun als nothwendiges Uebel angesehen, womit diejenigen Reichskreise am stärksten behaftet waren, deren geographischer Bezirk am mehrsten zertheilt ist, und die von der größten Anzahl Stände und Unmittelbaren bewohnt werden.

*

*

*

§. 8.

Zu den am mehrsten zertheilten Reichskreisen gehört vorzüglich der fränkische Kreis:

Kreis: Seine Lage im Mittelpunkt Deutschlands, seine milde Himmelsgegend und fruchtbare Erde haben ihn von jeher zum Wohnsitze der deutschen Freyen (Franken) bestimmt, die in den ältesten Zeiten ihre erwählten Oberhäupter hatten und in der Folge den deutschen Königen und Kaisern mit ausgezeichneten Treue anhiengen; unter sich aber größtentheils denjenigen hohen Grad von Freyheit und Unabhängigkeit zu behaupten wußten, der zu allen Zeiten den Charakter dieser Völkerschaften bezeichente, und den alle Künste der Herrschsucht noch nicht völlig haben auslöfchen können. Ein Umstand, der im Grunde doch immer weniger dem Willen, als dem Mangel an überwiegender Macht, zuzuschreiben seyn dürfte: Von dem Umsturz des mächtigen hohenstauffischen Hauses an, bis zum Jahre 1792. sind die fränkischen Kreislande von keinem Volke bewohnt worden, das mächtig genug gewesen wäre, die übrigen unmittelbaren Kreisbewohner seiner Botmäßigkeit zu unterwerfen. Nachbarliche Eintracht
der

der mehrsten, und eine Kreisverfassung die nur dem schwäbischen Kreisverbande nachstehen mag, haben nächst dem oberst-richterlichen Schutze, verhindert, daß die Absichten einiger hervorragenden Reichs- und Kreisstände nicht völlig erreicht werden konnten. Wer siehet nicht, daß hier von den kriegerischen Beherrschern der Ansbach-Bayreuthischen Lande die Rede sey? —

§. 9.

Diese ausgebreiteten Reichslande haben es mit den dermaligen mehrsten deutschen Fürstenthümern gemein, daß sie sehr geringen Ursprungs sind. Sie unterscheiden sich von vielen nur in dem Stücke, daß der Anfang ihres Wachstums eben nicht gar weit in das Alterthum hinaufsteigt, sondern der neuern Zeitrechnung (dem Jahre 1500.) sich merklich nähert. „Ou trouve — sagt der gekrönte Verfasser der Memoires de Brandenbourg — que Friederic III. (Burggraf von Nürnberg im Jahre 1290.) herita de son beau-frère
le

le Duc de Meran les Seigneuries de Bareuth et Cadolzburg.“ etc.

Kaiserliche Geschenke, Lehensanfälle, Vollziehung der Achtsurtheile und Fehdeglick waren hier und fast allenthalben im Reich die Quellen der ständischen Macht und Grösse. Der Kaiser konnte aber nur sein Eigenthum nach Willkühr; über die Reichsunmittelbaren hingegen bloß diejenigen nutzbaren Rechte vergeben, die ihm zustanden und hauptsächlich auf Fraisch, Wild- und Blutbann sich erstreckten. Weder die Friedensstörer noch der mächtige Friedensstifter; der Todt, konnten ihre Beute im Zusammenhange liefern, oder auf einer Quadrat- oder Zirkelfläche vereinigen — vielmehr mußten hier, wie überall, die Folgen so sehr, an Zeit und Raum, von einander abstehehen, als ihre Ursachen verschieden und isolirt waren.

§. 10.

Hieraus ergiebt sich also ein Resultat, das die Geschichte auf jedem Blatte unterstützt,

stützt, und Millionen Zeitgenossen noch vor Augen haben, dafs nämlich 1) im fränkischen Kreise überhaupt, und besonders in Ansehung der Ansbach-Bayreuthischen Lande die Verhältnisse eines geschlossenen, oder auch nur zusammenhängenden Gebiets niemals statt finden konnten, und bis zum Jahre 1792 wirklich nicht statt fanden; dafs 2) letztere vielmehr nach Maasgabe der verschiedenen Erwerbungstitel, welchen sie ihr Daseyn zu danken haben, neben, zwischen, und unter mehreren Kreislanden zerstreuet liegen mußten, und bis zum Jahre 1792 wirklich lagen, dafs hingegen 3) diese reichskundige Territorialvermischung zu vielen und vielerley Irrungen Anlaß gegeben habe, die theils durch Staatsverträge mit den brandenburgischen Regenten beygelegt, theils durch oberrichterliche Erkenntnisse entschieden wurden, theils aber noch rechtsanhängig sind, und von den höchsten Reichsgerichten ihre Entscheidung zu gewärtigen haben.

§. II.

Die Landeshoheits-Irrungen zwischen den Ansbach-Bayreuthischen Landen und den benachbarten Ständen und Unmittelbaren befanden sich also in einem Zustande, worinn sie bis zu ihrer oberstrichterlichen Erledigung verbleiben mußten. Jede einseitige Veränderung dieses Zustandes macht, nach Vorschrift der Gesetze, nicht bloß gegen den dadurch beleidigten Theil, sondern auch und vorzüglich in Hinsicht auf die reichsgrundgesetzmäßige Justizpflege, und die darauf beruhende öffentliche Sicherheit, eine Missethat aus welche mit bestimmten Strafen verbunden ist. Einige höchstrichterliche Erkenntnisse, die in den Jahren 1770 — 80 ergangen und wider die brandenburgischen Regierungen ausgefallen waren, bewogen den noch lebenden Herrn Markgrafen Alexander in Ansehung solcher und der übrigen, größtentheils auf den Spruch stehenden Rechtsfachen einige Neigung zum Vergleiche zu erkennen zu geben, und durch seine Minister

fter an Kreis - und Reichstagen laut werden zu lassen.

(Die hieher gehörigen Belege sind in mehreren Staatschriften abgedruckt, wie auch in der „aktenmäßigen Geschichtserzählung der, von „der ohnmittelbaren R. R. in Franken über- „haupt, in specie aber von dem Kanton an „der Altmühl, denn dessen Mitglieder und „Unterthanen seit der Königl. Preussischen „Besitzergreifung in den beeden Fürstenthü- „mern Ansbach und Bayreuth durch die uner- „hörteste Eingriffe und Gewaltthaten etc. er- „littenen Bedrückungen und Drangsale. 1796.“ 83. und 164. S. in f. Anl. 1. 2. 3. etc. zu finden.)

§. 12.

Dieses Phänomen eines gütlichen Angebots des Großen gegen Kleinere ist am deutschen Horizonte schon mehrmalen erschienen. — Die Geschichte der brandenburgischen Dissidien in Franken, liefert davon verschiedene Beispiele, die aber alle, nur selten den gehörigen Erfolg hatten. Weit entfernt den bedrängten und mehrere Menschenalter im Gerichte her-

herumgezogenen Nachbarn Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, gieng man vielmehr geradezu darauf aus, mit dem Rechte ein pactum remissorium zu schliessen, den Gegentheil um die Früchte seiner Mühfeligkeit, seines Aufwandes Leidens und Harrens zu bringen, und dem guten Bürger alles Vertrauen auf Gesetze und Verfassung, und mit diesem alle Vaterlandsliebe abzuzeihen.

Und doch wurde die Hochfürstliche Erklärung mit vielem Beifalle und grossem Danke aufgenommen. Die persönliche Gutmüthigkeit des Herrn Markgrafen, sein kinderloser Stand, und seine häusliche Hofhaltung die ihn in den Stand setzte, veraltete Landesschulden zu tilgen die Wohlfarth seiner Unterthanen zu erhöhen und seinem königlichen Nachfolger eine feste Erbschaft zu bereiten; diese Umstände in Verbindung mit dem herrschenden Geiste einer gewissen negotizirenden Politik, oder politischen Handelschaft mögen wohl die Hauptursachen seyn, die hierinn eine
Aus-

Ausnahme bewirkten, und von einer so späten Bekehrung viel Gutes hoffen ließen.

Die von den brandenburgischen Landbeamten unaufhörlich geplagten weltlichen Nachbarn, hofften das End ihrer Leiden; die ordentlicher Weise immerfort geängstigten geistlichen Stifter eine ruhigere Zukunft. Enger und fester glaubte die fränkische Kreisversammlung das Band ihrer Gesellschaft, und die unmittelbare Reichsritterschaft in Franken sahe der Wiedergeburt ihres goldnen Zeitalters entgegen worinn Fürsten und Könige ihre Verbindung und Freundschaft suchten. — Das Hochfürstliche Anerbieten zum Vergleiche über verlorene oder auf den Verlust stehende Prozesse wurde mit lauter Freude aufgenommen, und mit den Ehrennamen: „Gnade, Huld, Großmuth“ etc. im Ernste versehen. Kaum konnte man Ausdrücke finden seine Dankbarkeit an den Tag zu legen. Der Rechtsgang wurde gehemmt, Kongresse sollten eröffnet und Konferenzen angefangen werden; al'es wollte

wollte negoziiren. — Eben schickte man sich an Unterhändler abzufenden, als eine Begebenheit ruchbar wurde, die schon lange vorbereitet war, und der Lage der Dinge eine ganz andere Gestalt zu geben schien.

Eine Begebenheit womit die Geschichte der Deutschen einen neuen Abschnitt anfangen, und die deutsche Reichsgeschichte sich vielleicht schliessen wird. —

*

*

*

§. 13.

Am 2ten Dezember 1791 legte der höchstgedachte Herr Markgraf Alexander die mit Ruhm und Seegen geführte Regierung seiner deutschen Fürstenthümer Ansbach und Bayreuth, zu Bourdeaux in Frankreich nieder, welche des Königs in Preussen Majestät unterm 2ten Jänner 1792 als rechtmässiger Erbe antrat, die Antrittspatente aber nicht blofs in dem bekannten Bezirke dieser Fürstenthümer, sondern auch in mehreren andern, in - und um dieselbe

selbe liegenden Ortschaften anschlagen liefs, die bis dahin unter anderer Botmäßigkeit standen und unmittelbare Bestandtheile des deutschen Reichs ausmachten.

(M. S. das Journal von und für Franken 4. B. 2. Heft, S. 251 — 255.)

§. 14.

Diese Patente reden von Landeshohe, Unterthanschaft, Gehorsam und Erbhuldigung, welche bald zu leisten seyn werde etc. Sie enthalten also die wesentlichsten Kennzeichen der Landeshoheit, und folglich, in so fern als sie auf fremdem Gebiete verkündet wurden, eine handgreifliche Ausdehnung der brandenburgischen Landeshoheit über reichsunmittelbare Nachbarn.

§. 15.

Die Art und Weise deren man sich hierbey bediente, war nicht minder auffallend als die That selbst: Königliche Kommissarien, von einem Haufen Landmilizen, zuweilen auch von Husaren und anderer

derer regulären Mannschaft begleitet rückten ohne sich der Formalien zu erinnern die bey der bewaffenten Betretung fremden Gebiets durch Gesetze und Verträge bestimmt und bis dahin immer beobachtet wurden, in das nachbarliche Territorium und fremdherrschaftliche Ortschaften ein. Die ruhigen Einwohner wurden durch heftigen Trommelschlag und ein gräßliches Geschrey aus ihren friedlichen Hütten aufgeschreckt. Kaum gewannen sie Zeit, nach dem Orte und der Ursache des Tumults sich zu erkundigen, als der lärmende Trupp wieder abzog, und die sogleich bey seiner Ankunft affigirten Königlichen Patente zurück liefs.

§. 17.

So gieng der Zug von einem Orte zum andern. Mündliche Protestationen wurden mit den heftigsten Drohungen zurückgewiesen; schriftliche Vorstellungen mit der lakonischen Aeufferung abgefertigt: „*Dass die Realantwort schon erfolgen werde.*“ Die in den Gesetzen, unter ähnlichen Umständen

ständen erlaubte Realprotestation hatte die Folge, daß kurz darauf ein verstärktes Kommando einrückte, nach denjenigen, welche die Patente abgenommen und zurückgesendet hatten förmlich inquirirte, solche nebst den, die dazu Befehl ertheilt oder solchen vollzogen hatten, mit gewaffelter Hand aus ihren Wohnungen riß, in die brandenburgischen Aemter schleppte, daselbst in schmahlichem Verhaft hielt, mehrmalen abhörte, und da sie ihre gesetzmäßige Wahrung des Besitzstandes weder in Abrede stellen wollten noch bereuen konnten, so wurden sie mit beträchtlichen Geldbußen bestraft, und, in die Gefängnis - Atzungs - und Prozeßkosten kondemnirt.

Erst nach dem die, hierüber mit ganz eigener Genauigkeit verfaßten Sportelrechnungen berichtet, und die Gefangenen selbst, zur sorgfältigen Bewahrung der, mittlerweile wieder angeschlagenen Patente, bey Leib - und Lebensstrafe angewiesen waren, wurden sie des Arrestes entlassen.

(M. S. die angeführte altmühlische Deduction und deren Anlagen No. 9. 10. 11. 26 — 29. etc.)

§. 18.

Es wäre überflüssig, Thatfachen umständlich vorzutragen die reichskündig sind und fast täglich wiederholt werden. Die öffentliche Gewalt, die damit verbunden war, die zwecklose Grausamkeiten, die blutigen Auftritte die dabey vorgefallen waren, werden dem Franken so wie die grofse Sensation die dadurch erregt wurde dem deutschen Publikum noch lange in frischem Andenken bleiben.

Letztere hatte sich bis in das Königliche Kabinet zu Berlin verbreitet und dasselbst unterm 17ten März 1792 eine Verordnung an die Regierungen zu Ansbach und Bayreuth veranlafst, worinn jene lieblose Maasregeln laut missbilligt und zugleich im Namen des Königs erklärt wurde: Dafs

I) Seine

1) Seine Majestät keinesweges gefonnen wären, veraltete Ansprüche aufzufuchen, und darauf ein System von Vergrößerung zu bauen, noch weniger durch Gewalt und Ansehen Mindermächtige zu Aufopferungen zu nöthigen, welche ihnen schwer fallen, und worauf Se. Majestät kein gegründetes Recht haben; daß Allerhöchstdieselben lieber

2) in allen solchen Fällen mit Mäßigung und Großmuth zu Werke gehen, als einem dergleichen, für Allerhöchst-Ihre Art zu denken und zu handeln höchstbeleidigenden Verdacht Allerhöchstlich bey dem Publikum aussetzen etc.

Daß man zwar

3) gegründete Ansprüche und Gerechtigkeiten nicht aufopfern, vielmehr bey jeder Gelegenheit und mit Nachdruck, jedoch nicht anderst als auf eine *reichs - konstitutions - mäßige* Art behaupten

haupten; vorher aber Ueberzeugung haben, und nach folcher das Allerhöchste Benehmen einrichten wolle etc.

Zu welchem Ende den erwähnten K. Regierungen und Landeskollegien nachdrücklichst eingeschärft wurde:

- 4) Bey der, solchen aufgetragenen Untersuchung und Prüfung der Streitigkeiten der Königl. fränkischen Fürstenthümer mit benachbarten Fürsten Reichsstädten und Unmittelbaren die strengste und gewissenhafteste Unpartheilichkeit zum Grunde zu legen, sich aller politischen Rücksichten, besonders aber der Aufstellung aller Gründe aus dem Konvenienz-Recht zu enthalten; — gegen Benachbarte, in den Fällen wo mit solchen zu konferiren seyn möchte einer höflichen Schreibart sich zu befleißigen; die untergeordnete Stellen zu gleicher Nachacht, und besonders zu Vermeidung aller Gelegenheit, die zu neuem Streit Anlaß geben kann, anzuweisen etc.

Ja

Ja fogar

5) die gegentheiligen Gründe in ihrer ganzen Stärke, ihren Vorträgen einzuverleiben, und vor allen Dingen

6) bey Untersuchungen dieser Art alles dasjenige zu vermeiden, was Sr. K. Majestät bey den Reichs - Mitständen den Verdacht zuziehen kann, als suchten Allerhöchstdieselben Macht und politische Verhältnisse zu Vergrößerungsabsichten anzuwenden etc.

§. 19.

Wenn der Patriot dem Vaterlande sein Leben widmet, der berufsvolle Staatsbeamte, rastlos wirkt und sinnt, um seiner wohlthätigen Wirkungskraft neuen Stoff und seinen Mitbürgern Ruhe, Glück und Segen zu bereiten; wenn würdige Regenten jeden Verbesserungsvorschlag, jeden das Wohl ihrer Staaten betreffenden Plan der reifsten Prüfung würdigen und mit weisem Muthe auszuführen suchen, und alle, überall nichts als Laulichkeit, Widerwillen

willen und Hinderniß auf ihrem mühseligen Pfade antreffen — o, so mögen sie nur das groſſe Buch der Geſchichte aufſchlagen, Verheiſungen, wie die vorſtehende iſt, mit der Erfüllung vergleichen, und das Mißtrauen der Völker verdammen, wenn ſie können! —

Die Königliche Verheiſung war, wie geſagt, an die brandenburgiſchen Regierungen und Landeſkollegien in Franken gerichtet, und iſt von dieſen, den untergebenen Aemtern — nicht zur geringschätzigen Hintanſetzung — ſondern dem gerechten Willen des Königs gemäß, zur Nachachtung verkündet, von den Königlichen Miniſtern im Reich vielfältig und in den füſſeſten Ausdrücken wiederholt, wie auch in mehrern Zeiſchriften abgedruckt worden.

Der entfernteſte Verdacht, daß die preuſſiſche Monarchie fähig wäre ihre Macht und politiſchen Verhältniſſe zur Unterdrückung der wehrloſen Nachbarn an-

anzuwenden, war nun öffentlich für eine Beleidigung desjenigen mächtigen Monarchen erklärt, dessen persönliche Denk- und Handlungsart mit solchen Absichten allerdings unvereinbarlich ist, und dessen Regententugenden so allgemein verehrt, als über einen solchen niedrigen Verdacht erhaben sind. Eine Erklärung die der wesentlichen Gerechtigkeit, dem Reichs- und Kreisverbande und allen Umständen so vollkommen angemessen war; — wer hätte darunter jenen lieblichen Gefang vermuthen können, womit bloß der *a l l g e m e i n e U n m i l l e n* im fränkischen Kreise besänftigt und in den Todeschlaf gewiegt werden sollte? Weit entfernt von einem solchen, der Herzensgüte des preussischen Monarchen so wenig als den Wünschen seiner fränkischen Nachbarn entsprechenden unnatürlichen Argwohn kannten Letztere kein dringenderes Geschäft als den Königlichen Regierungen ihre Dankbarkeit zu bezeugen, und zu jedem gesetzmässigen Auskunftsmitel sich vorzubereiten.

Die

Die fürtrefflichen fränkischen Kreisgesandtschaften fanden fogar für nöthig, in einer der fürtreffl. brandenburgischen Kreisgesandtschaft unterm 1ten Juny 1792 übergebenen Denkschrift, jene groſſe Senſation, und die Urfachen derſelben von ſich, und ihren höchſten und hohen Conſtituenten förmlich abzulehnen; zugleich aber nicht nur die gröſte Bereitwilligkeit zu gütlichen Unterhandlungen überhaupt, ſondern auch in Hinſicht auf den eigentlichen Gegenſtand des Zwiftes und Vergleichs ſich ſo umſtändlich und beſtimmt zu äußern, daſs es nunmehr lediglich von den Königlichen Regierungen abhieng das Friedensgeſchäft zu eröffnen und nach der ausdrücklichen Weiſuug ihres gerechten Königs zu vollführen, der hierinn durchaus *reichs-konstitutionsmäſſig* verfahren wollte. (§. 18.)

§. 20.

Zuſolge dieſer Konſtitution war nun kein anderer Weg möglich, als daſs vor allen Dingen, die öffentliche Ruhe wieder her-

hergestellt, die in fremdem Gebiete befestigten Zeichen der brandenburgischen Landeshoheit abgenommen, oder wenigstens die gegentheiligen Realwidersprüche nicht verwehrt würden, womit jedermann in ähnlichen Fällen den jüngsten Besitz zu behaupten, gesetzmässig befugt ist.

War nun auf diese Weise Ruhe und Frieden wieder hergestellt, dann hieng es von demjenigen Theile ab, der den Gegner nicht anspruchslos lassen wollte, sein Recht da, wo die Sache hingehört, zu suchen und zu finden (§. 2 — 4.) oder aber auch den allerseits beliebten Vergleichskongress zu eröffnen. Wobey jedoch, wie sich von selbst versteht, *nicht* der Zustand der gewaltsamen Turbation zum Grunde gelegt, sondern einzig und allein aus dem Standpunkte ausgegangen werden müßte, worinn die Sachen in den letzten Jahren der markgräflichen Regierung sich befanden.

Der Herr Markgraf konnte natürlicherweise nur denjenigen Besitz abtreten,
den

den Seine Durchl. wirklich inne hatte, und sein Königlicher Nachfolger hat, unbeschadet aller Foderungen und Ansprüche unmöglich etwas anders in Besitz nehmen können, als das durch die Cession besitzlos geworden war. Weniger konnte von einem Monarchen, der als Reichsstand den Reichsgesetzen unterworfen ist, und solche in diesem Falle besonders zu beobachten, sein *Königliches Wort* verpfändet hatte, — nicht erwartet und mehr von Reichsunmittelbaren *nicht* verlangt werden, die dem Kaiser und Reich mit Eid und Pflicht zugehan sind, und ohne Vorwissen und Willen der Reichs-Souvränität weder Besitz noch Recht hingeben können.

(M. S. das P. M. der fränkischen Kreisversammlung im Journal von und für Franken. 5. B. I. Heft. No. II.)

§. 21.

Die schlichte Wahrheit dieser reichsgrundgesetzmässigen Verhältnisse brachte, ohne alle Verabredung, zwischen den Ständen und anderen Unmittelbaren eine
Ue-

Uebereinstimmung hervor, die unter ähnlichen Umständen sich jederzeit zeigen könnte und sollte.

Alle übergaben ihre Vorstellungen, alle trugen darauf an: Dafs foderfamst der Besitz - und Ruhestand hergestellt, demnächst aber Zeit und Ort zur gütlichen Unterhandlung bestimmt werden möchte.

Ja, man gieng von einigen Seiten noch weiter: Man glaubte diese rechtmässige Bitte, in der Königlichen Erklärung vom 17 März, dafs

„Macht und Ansehen zur Unterdrückung der Mindermächtigen nicht angewendet, sondern gegen *solche reichskonstitutio..smässig verfabren werden sollte* etc.

Schon beantwortet zu finden: Man entwarf Instruktionen und ernannte Vergleichskommissarien, man eilte, alle ältere und neuere nachbarliche Irrungen nebst den Für- und Gegengründen in Zusammen-
trag zu bringen und sahe in einheimischer Denkart der Stunde entgegen, worinn sie
von

von den Königlichen Staatsbeamten verlangt, und ihren Berichten nach Maasgabe des Allerhöchsten Befehls (§. 18. m. 5.) einverleibt werden würden. Aber vergebens war alles Wünschen, Hoffen und Harren!

§. 22.

Wochen und Monde, dem Harrenden Ewigkeiten, schlichen unter Furcht und Hoffnung vorüber, ohne daß Restitution oder auch nur irgend eine sachtaugliche Antwort erfolgt wäre. Wiederholte Erinnerungen bey den Regierungen zu Ansbach und Bayreuth, bey dem Ministerium zu Berlin, und bey Seiner Majestät selbst, als allerhöchstse Ihre fränkischen Lande besuchten, hatten hoffnungsvolle Versicherungen zur Folge, aber keine entscheidende Entschliessung auf die bestimmte Bitte. Die Gegenwart des Monarchen hatte indessen Hoffnung und Vertrauen belebt: Der gerade Sinn der Wahrheit, Gerechtigkeit und Güte, den Se. Majestät überall zu erkennen gaben, und welcher mit der
kō-

königlichen Verordnung vom 17ten März harmonisch zusammentraf begann alle Herzen zu gewinnen und sicherer als vorlaute Verheißungen Ruhe und Eintracht zu verkünden. — Man hielt mit den Vorschriften auf fremden Gebiete inne, und denjenigen Gränzbeamten, welchen erst befohlen werden muß, wenn sie die wehrlosen Nachbarn unbeleidigt lassen sollen, — wurde während des Aufenthalts des Königs in Franken, alle Gewaltthätigkeit gegen Reichsstände und Unmittelbaren nachdrücklich untersagt.

Aber zu kurz währte der Aufenthalt des gütigen Königs in Franken: Zu kurz für die sehnlichsten Wünsche seiner Unterthanen; für die gerechten Hoffnungen seiner fränkischen Nachbarn; zu kurz für die Wohlfarth des fränkischen Kreises; für den Frieden Deutschlands, und die Ruhe Europas! —

§. 23.

Kaum hatten Seine Majestät Frankenland verlassen, als die brandenburgischen Gränz-

Gränzämter sich wieder in ihrer vorigen Gestalt zeigten, und die Klagen und Bitten der bedrängten Nachbarn mit der Realantwort erwiderten, die sie solchen längst zugedacht hatten. (§. 17.)

Der König begab sich in die Gegend des Rheins, und von dort nach Berlin zurück. Der unglückliche Krieg mit Frankreich hatte damals die größte Aufmerksamkeit erregt und den natürlichen Wunsch zu einen annehmlichen Frieden erweckt. Die Einleitung dieses grossen Geschäfts wurde bekanntlich, nächst dem Reichsoberhaupte Allerhöchst-welchem solche ohnehin gesetzmässig zustehet, auch seiner Preussischen Majestät aufgegeben, und die nähere Unterhandlung desselben dem Ansbach-Bayreuthischen dirigirenden Minister Freyherrn von Hardenberg von seinem Könige zu Theil.

Während der wiederholten und langen Abwesenheit dieses Ministers wurden jene gewaltthätigen Eingriffe in unmittelbare Reichs-

Reichslande erneuert, vervielfältigt, und wie in einem alles fortreißenden Strome, fortgesetzt.

§. 24.

Man begnügte sich nicht mehr mit dem Sinnbilde der Landeshoheit, man griff jedes einzelne Hoheitsrecht an, und suchte es auf fremdem Gebiete mit gewaffenter Hand durchzusetzen: Man fieng damit an, daß man in den fremdherrischen Ortschaften, worinn die Patente vom 2ten Dez. 1792. (§. 13. etc.) ausgestellt waren die Häuser numeriren, dann die Bewohner derselben vor den brandenburgischen Aemtern unmittelbar vorladen, diejenigen, welche ihrer Pflicht getreu, nicht erschienen waren, durch militairische Kommandos abholen, die Erschienenen über gewisse ihre Besitzungen und die darauf haftende Abgaben betreffende Fragen zu Protocoll vernehmen etc. etc. und alle diese und mehrere ähnliche Handlungen auf viele andere nachbarliche Besitzungen erstrecken liefs, die mit jenen Patenten verschont geblieben waren.

Zuerst

Zuerst giengen die Brandenburger auf den unmächtigsten Theil; auf die unmittelbare Reichsritterschaft los, und bemächtigte sich ihrer, in und um die brandenburgischen Lande liegenden Güter. Diefen folgten die mindermächtigen Reichsstädte, und die wehrlose Geistlichkeit. Unter dem Vorwande einer unerhörten Wildsteuer, wurde den unmittelbaren Nachbarn eine schwere Last aufgebürdet, und fogleich mit Gewalt eingetrieben. Die zum Dienste des Kaisers und Reichs bestimmten Rittersteuern und Rekruten wurden geradezu weggenommen, und deren fernere Entrichtung zu diesem Behufe bey Zuchthaus - Strafe unterfagt. Mit ausgezeichnetem Fleisse wurde den wenigen Kaiserlichen Reservaten nachgejagt, und selbst das Andenken eines guten Kaisers, das Trauergeläut nach dem Tode Leopolds II. mit auffallender Härte gestört.

Gestört, aber nicht erloschen, wurde das heilige Feuer der Dankbarkeit im Herzen des deutschen Bürgers, vielmehr wurde

de es durch die Störung verstärkt, und wie jeder Seelenhang im Kampfe mit dem eisernen Verbote, zur Leidenschaft erhoben und dem spätesten Enkel aufbewahrt! —

§. 26.

Endlich giengen verschiedene Aemter mit einer königlichen Verordnung hervor, worinn die unmittelbare Nachbarn förmlich für Landsassen erklärt und deren staatsgesellschaftliche Verbindungen und andere seit dem Landfrieden bestandene von Brandenburg nicht weniger als dem gesammten Reiche, unzähligemal diplomatisch anerkannte, wie auch von verschiedenen auswärtigen Mächten, feyerlich garantirte Verhältnisse kurzum verkannt werden.

Diese Verordnung, die mit dem königlichen Manifeste vom 17ten März 1792 im auffallendsten Widerspruch stehet (§. 18.) wurde am 1ten Oct. 1795 zuerst von dem Oberamt Hohenek, dann von mehreren

D

an-

anderen Ober- und Unterämtern öffentlich verkündet, den unmittelbaren Nachbarn „zur Nachachtung“ mitgetheilt, und mit einer Sündfluth von Befehlen und Signaturen begleitet, die in alle Theile der Staatswirthschaft einschlugen, den Geist der unumschränkten Machthaberey athmeten und selbst die Schranken der Landeshoheit weit hinter sich zurückliessen.

Diese hochwichtige Begebenheit ereignete sich zu einer Zeit, da Deutschland mit einem mächtigen Feinde im Kriege verwickelt war; gerade zu der Zeit als zahlreiche und glückliche französische Heere in das Herz Deutschlands, in den fränkischen Reichskreis zum erstenmal in diesem Kriege eindringen, und das Vaterland in eine Verlegenheit stürzten, worinn es sich, so weit die Jahrbücher hinausreichen, noch nie befunden hat.

§. 26.

Vergebens stellte man den königlichen Regierungen zu Ansbach und Bayreuth die Gesetzwidrigkeit dieser Handlungen vor;
ver-

vergebens suchte man den Aemtern begreiflich zu machen, daß jeder bewaffente Ueberfall, jeder gewaltsame Schritt, den ein Reichsstand auf dem reichsunmittelbaren Gebiete seiner Nachbarn sich erlaubte, einen vollkommenen Landfriedensbruch ausmache, welcher die Strafe der Konstitution nach sich zöge, und den Beistand der Mächte auffodere die den westphälischen Frieden aufrecht zu erhalten Wort und Macht verbürgt haben; vergebens bemühte man sich, mit dem Gesetze in der Hand, darzu thun, daß diese Maasregeln nicht nur einen direkten Angriff auf die deutsche Staatsverfassung enthielten und zum gänzlichen Umsturz derselben führten, sondern auch zu weit in das Privat-Eigenthum; in die Rechte des Menschen eingreifen und den Saamen einer Zwangsherrschaft ausstreuten, die der Preussischen Monarchie so wenig als den mehrsten übrigen europäischen Staaten angemessen wäre, und auf deutschem Grund und Boden wohl schwerlich je fortkommen oder gute Früchte bringen dürfte; alles verge-

bens! — Mit abgewendetem Blicke erwiderten die Regierungen: Dafs die Vorstellungen und Verwahrungen dem königlichen Ministerium nach Berlin eingefendet werden sollten, und die Gränzämter boten ihre bekannten Talente auf, um ihre vorherigen Bedrückungen durch neuere Grausamkeiten aufzuwiegen und in Vergessenheit zu bringen. Unempfänglich für die milde Stimme der Vernunft; taub gegen die starke Sprache der Gesetze fuhren einige derselben auf der neugebrochenen Bahn der Usurpation mit geﬂissentlich verdoppelten Schritten fort; hinter dem heiligen Schilde des königlichen Namens liefsen sie dem Neide ihrer Privatrache und anderen ausgearteten Leidenschaften den Zügel schiefsen, und das Ansbachische Oberamt Hoheneck, das im Occupiren und Sportuliren auf fremdem Grund und Boden sich besonders auszeichnete, glaubte aller widrigen Vorstellungen und ärgerlichen Allegationen der Gesetze und Verfassung sich am besten zu erwehren, indem es in mehreren offiziellen Proclamationen förmlich

lich verkünden liefs, dafs jedes widrige Geheifs, Vorstellen und Protestiren gegen seine Maasregeln *Aufrubr* und *Rebellion* sey, und als solche bestraft werden müfste, und dafs die Unterthanen der unmittelbaren Nachbarn nicht weniger als die Brandenburger „mit *Haut und Haar und Leib* „und *Leben* dem Könige gehörten.“

(Alle hieher gehörigen Belege sind dem deutschen Publikum noch in frischem Andenken, in verschiedenen Zeitschriften abgedruckt, wie auch zum Theil in der Altmühlschen Deduction S. 35. etc. 66. etc. eingerückt und unter die Anl. Nro. 12. 13. 14. 17. 21. 22. 23. 24. etc. etc. in Extensio zu finden.)

§. 27.

Was auch immer, wider die willkührliche Oberherrschaft im Staate von alten und neuen Staatsmännern und Philosophen gelehrt, geschrieben und demonstrirt worden ist, so mufs man dieser Art zu herrschen dennoch die Gerechtigkeit widerfahren lassen, dafs sie in der Theorie die fafslichste Kürze, und in Praxi eine

Bün-

Bündigkeit mit sich bringt, deren keine andere Regierungsform sich rühmen kann: Wenigstens ist nicht abzusehen, wie in einem Staate, worinn der Unterthan mit Haut und Haar und Leib und Leben dem Regenten gehört, der Bürger sich über die Ungerechtigkeit der Unterkönige beschweren, oder der Bauer sich darüber mit Billigkeit beklagen könnte, daß ihm irgend ein Satrape die Haut auf dem Leibe ausgegerbt, oder linksum über die Ohren gezogen habe. —

Ferne sey es von jedem Deutschen der preussischen Monarchie diesen Schandfleck anzuhängen, vielmehr ist er das unveräußerliche Eigenthum des Mannes der am 6. Nov. 1795 und in der Folge mehrmalen die Vermeßtheit hatte, damit hervorzugehen und sich und sein Amt zu verunstalten. Sein Name ist: *Stieler*.

§. 28.

In der großen Verlegenheit, worinn die fränkischen Kreislande sich damals befanden

fanden (§. 25.) war es dem bedrängten Theile kaum erlaubt, seine Klagen laut werden zu lassen. Sie wurden es endlich doch, nach dem der Reichsfeind die fränkische Gränze verlassen und größtentheils über den Rhein zurück gegangen war. Man wollte nun den Weg betreten, den Gesetze und Verfassung vorzeichnen, und den man schon im Jahre 1792 hätte wandeln können und sollen; man war fest entschlossen die Kraft der Gesetze auf die Probe zu stellen und ein für allemal mit Gewissheit zu erfahren: Ob Deutschland *eine*, oder *keine* Verfassung habe. — Aber nun erhob sich wieder die seine Stimme der politischen Negotiationen und negocirenden Politik. —

Schriftliche Versicherungen: „Dass
„die mindermächtige Nachbarn nicht un-
„terdrückt etc. die Gränzdisidien reichs-
„gesetzmäfsig erledigt werden sollen“ etc.
erfolgten nun freilich nicht mehr; desto
häufiger aber mündliche Tröstungen und
politische Vertraulichkeiten. — Die preussi-
schen

fchen Agenten äufferten über die Anmafsungen ihrer Landesleute und Untergebenen ein fast natürliches Befremden. Sie fügten bedächtlich hinzu, dafs alles blofs den missverstandenen Planen einiger Aventüriers und dem gutgemeinten Diensteyfer der Subalternen beizumessen wäre. Sie raunten uns ins Ohr, dafs der König von allem nichts wüfste und noch immer der wärmste Freund und getreueste Alliirte des Kaisers sey. „Ihr dürft“ — gab ein scharfsinniger brandenburgischer Minister im Novemb. 1795 einem nachbarlichen Beamten zu vernehmen — „ihr dürft den König nur überführen, dafs Deutschland, ohne alle die kleinen Souvrains nicht bestehen könne, und von der Gnade und Großmuth Sr. M. alles Gute hoffen“ etc.

Ob es Ernst, oder Spott war, was Seine Excellenz zu vernehmen gaben? — weifs ich nicht; aber das ist jedem gebildeten Bürger, selbst dem Lehrling der deutschen Geschichte und Rechte bekannt, dafs Deutschland in einen Zeitraum von
meh-

mehreren Jahrhunderten, nicht bloß ohne unmittelbare Prälaten und Reichsritter, sondern auch ohne Kurfürsten und reichsständische Fürsten und Grafen bestehen konnte; daß es in diesem Zustande als ein Erbkönigreich unter die vordersten Mächte Europens bestand; daß es aber in der Folge ein Wahlreich wurde, und in der, zu diesem Ende eingeführten Staatsverfassung, nächst den *Wahlfürsten, reichsständische Erz- und Bischöfe, Fürsten Prälaten, Grafen Städte etc. reichsunmittelbare Edelleute und Bauern aufgenommen, und wider äussere und innere Feinde zu beschützen sich und seine Bewohner, sammt und sonders verbunden habe*, daß folglich weder diese wohlthätige Staatsverfassung, noch das unter ihrem Schutze beglückte Deutschland bestehen könne wenn wesentliche Bestandtheile desselben landfälsig gemacht, und ganze Korporationen aufgehoben und aus dem Reichsverbande gewaltsam gerissen werden. —

§. 24.

Indessen hatten jene *politischen Vertraulichkeiten* dennoch die Folge, daß man dem

dem letzten Rettungsmittel; der gemeinschaftlichen Auffoderung des gesetzlichen Schutzes noch einigen Anstand gab. Den günstigen Zeitpunkt, da Oesterreich und Preussen wirklich verbunden, und die brandenburgischen Minister angewiesen waren, sich in weit wichtigeren Angelegenheiten, als die Unterdrückung kleiner Nachbarn seyn kann, von den österreichischen Gouvernements Raths zu erholen und solchen ohne weitere Nachfrage zu befolgen; — diesen Zeitpunkt worinn die Bayreuthischen Beamten es nicht gewagt haben würden, Höchsttrichterliche Gebotsbriefe unbefolgt und die Ueberbringer derselben mißhandeln zu lassen; — diesen so günstigen Zeitpunkt hatte man ohnehin unbenutzt vorüber gehen lassen. Die mittlerweile geschlossenen Separat-Frieden hatten in der Harmonie der deutschen Völkerschaften eine Dissonanz hervorgebracht, deren leiseste Vibrationen sehr tief eingedrungen waren, und wer weiß wie lange noch, empfindlich seyn werden. Die allgemeine Reichsversammlung schien um diese

diese Zeit in zwei Partheyen getheilt und in Gefahr zu seyn, zu dem weiland polnischen Reichstage ein würdiges Nebenstück zu liefern. — Und was glaubt und versucht der Kranke nicht, der die herannahende Auflösung in allen Gliedern fühlt? —

Man wandete sich wieder an den dirigirenden Minister zu Ansbach und an seinen gütigen König; bewegliche Protestationen, Suppliken und Vorstellungen strömten dem Könige und seinem Ministerium von allen Seiten zu. Sie blieben alle und geraume Zeit unbeantwortet, bis — das Glück der Waffen sich wieder für Frankreich erklärte und die Frankreicher in Italien, Schwaben, Bayern und Franken solche Vorschritte machten, welche die Eroberung des übrigen Deutschlands vielen Deutschen befürchten, anderen — zuversichtlich hoffen ließen.

§. 30.

In dieser Zeit der öffentlichen Bestürzung, der tiefen Trauer und des allgemeinen

nen

nen Jammers; in dem Monat Julius des Jahres 1796 erfolgte die so lange erwartete und immer noch zu frühzeitige Antwort.

Sie bestehet in folgenden Druckschriftet:

1) Oeffentliche Darstellung der Staatsverhältnisse der Königl. Preussischen Fürstenthümer Ansbach und Bayreuth gegen die Reichsstadt Nürnberg, 2 Bogen in Folio.

2) Oeffentliche Erklärung wegen der Eichstättischen Infassen in den K. P. Fürstenthümern Ansb. und Bayreuth 2 B. in f.

3) Oeffentliche Erklärung wegen der brandenburgischen Infassen in den fränkischen Fürstenthümern, welche sich zur R. Ritterschaft halten. Mit einem Urkundenbuche $1\frac{1}{2}$ Bogen in $\frac{1}{4}$.

Am Ende dieser Druckschrift heisst es:

„Das Urkunden-Buch zu dieser Erklärung wird nächstens die Presse verlassen.“

Es ist solches aber bis zur Stunde (Nov. 1796) weder im Buchhandel noch sonst zu finden gewesen.

Diese

Diese in den Buchläden zu Ansbach, Bayreuth Nürnberg etc. öffentlich verkauften Erklärungen wurden den Behörden, vermittelt Schreibens des dirigirenden Herrn Ministers Freyherrn von Hardenberg Excellenz kommunizirt, worinn gesagt wird: Dafs die Vorstellungen wider die brandenburgischen Aemter demselben zu Berlin, zu eben der Zeit zugekommen wären, als derselbe eine genaue Prüfung des in Anregung gebrachten Gegenstandes veranstaltet und darüber Sr. Königl. Majestät referirt habe. Welches Resultat sich nun bey dieser Prüfung gezeigt, und wohin die Königl. Entschliessung erfolgt wäre, solches hätte man aus der gedruckten Anlage zu ersehen:

„Un Prince, qui peut decider les litiges par la force des armes est toujours un grand Dialecticien; c'est un Hercule qui persuade a coups de Massue.“ (Fried. II.)

§. 31.

Zu gleicher Zeit erschien die Eingangsgedachte

4te Königlich - Preussische Erklärung über die Landeshoheitsirrunge in den fränkischen Fürstenthümern Ansbach und Bayreuth. 1796. 1 Bogen in $\frac{1}{4}$.

Diese, an niemanden besonders gerichtete, auch meines Wissens, nicht ministeriell kommunizirte, übrigens aber so wie jene (§. 30.) in den Buchhandel gekommene Königliche Erklärung, scheint denjenigen Ständen und Unmittelbaren, die mit Nürnberg Eichstädt und der Reichs-Ritterschaft gleiches Schicksal haben sollen, oder dem gesammten deutschen Publikum gewidmet zu seyn: Die darinn vorkommenden Grundsätze sind von entschiedenem Uebergewichte gegen alles, was brandenburgischer Seits in Ansehung der Gränz-Irrungen seit Jahrhunderten behauptet wurde, und von weit größerem Um-

Umfange, als alle bisherige Okkupationen der Ansbach - Bayreuthischen Aemter ausfüllen können. — Sie stellt übrigens die obersten Maximen, welche diese gewaltsame Vorschritte auf dem Gebiete reichsunmittelbarer Nachbarn seit dem Jahre 1792 bestimmten, zur öffentlichen Prüfung aus, und kann als die Antologie einer gewissen politischen Metaphysik angesehen werden; — ihr gebührt also der erste Platz in der Reihe der öffentlichen Erklärungen Darstellungen, und deren staatsrechtlichen Beurtheilung.

*

*

*

Was besonders den Verfasser dieses bewogen hat, *diese hochwichtige Königliche Erklärung*, zum Gegenstande seiner Betrachtungen zuerst, und vor allen anderen zu wählen, bestehet hauptsächlich in dem Rückblick auf unsere ehrwürdige Konstitution, womit ihre hohe Staatsmaximen und Declamationen enden; So dunkel und unmilde dieser Rückblick auch ist, so ver-
rath

räth er doch noch einiges dankbares Gefühl für eine alte Freundin und Wohlthäterinn; eine Staatsverfassung, die keinen andern Hauptfehler zu haben scheint, als dafs sie — die Armuth wie den Reichtum beschützt; den Kleinen neben dem Grofsen den Wehrlosen und den Uebermächtigen, um - mit - und untereinander leben und wirken läfst. —



Königlich - Preussische
E r k l ä r u n g

über die

Landeshoheits - Irrungen

in den

fränkischen Fürstenthümern

A n s b a c h und *B a y r e u t h*

neuester Abdruck

nach der authentischen Edition veranstaltet und mit
einigen vorläufigen

A n m e r k u n g e n

begleitet

im November 1796.

**Non si cuipiam res grata est, eadem
est etiam probata.**

Cicero.



*Königlich - Preussische Erklärung über
die Landeshoheits - Irrungen in den
fränkischen Fürstenthümern Ansbach
und Bayreuth.*

§. I.

Es ist Reichs - und Kreiskundig, was
Seine Königliche Majestät von Preu-
ssen bey dem Regierungs - Antritt Ihrer
beiden fränkischen Fürstenthümer, in Ab-
sicht der streitigen Verhältnisse und nach-
barlichen Irrungen gegen die angränzenden
Stände öffentlich haben erklären lassen. 1)

E 2

Diese

1) Dafs Seine Königliche Majestät a) keineswegs
gesonnen wären veraltete Ansprüche aufzufuchen
und darauf ein System von Vergrößerung zu bauen,
noch weniger b) durch Gewalt und Ansehen den
Mindermächtigen Aufopferungen abzudrücken;
dafs Allerhöchstdieselben vielmehr c) in solchen
Fällen mit Mässigung und Großmuth zu Werke
gehen

Diese Erklärung sowohl als die vielfältigen einzelnen Vergleichs - Erbietungen und dringenden Anträge zu einer gütlichen Auseinandersetzung jener streitigen Verhältnisse, bezeugen unwiderleglich wie ernstlich es Seiner Majestät angelegen sey, die Eintracht mit Ihren Nachbarn dauerhaft befestigt zu sehen. 2)

§. 2.

gehen und d) gegründete Ansprüche und Gerechtigkeiten nicht anders als auf eine reichs-konstitutionsmäßige Art behaupten wollen etc. (M. S. die Einleitung §. 18.) Diese, nicht bloß die Stände, sondern alle unmittelbare Nachbarn betreffende, und von solchen ausdrücklich sprechende Erklärung vom 17. März 1792, ist unmittelbar auf die Regierungs - Antrittspatente erfolgt, und folglich die einzige worauf sich im Texte bezogen werden kann.

2) Allerdings läßt diese Erklärung nicht den mindesten Zweifel zurück, daß S. M. die nachbarlichen Zwiste in Güte; d. h. reichskonstitutionsmäßig erledigt wissen wollten. Der laute Dank der dabey interessirten Theile, die allgemeine Freude womit diese wahrhaft Königliche Erklärung im fränkischen

§. 2.

Bei den mehrsten Ständen aber, haben alle diese freywilligen Schritte entweder

kischen Kreise aufgenommen wurde, bezeugen hinlänglich, dafs man hinter solcher keine politische Hinhaltungen etc. ahndete, sondern darinn die Weisheit und Güte Seiner Majestät wahr zu nehmen, einen getreuen Abdruck Seines Königlichen Herzens vor Augen zu haben glaubte: Man liefs die anhängigen Rechtshändel ruhen, brachte die neueren Territorial-Verletzungen, *einige* derjenigen ausgenommen, bey welchen dringende Gefahr auf den Verzug haftete — gerichtlich *nicht* an. Willige Hände wurden von allen Seiten zum Vergleiche dargeboten, und nur um Zeit und Ort gebeten, wann und wo er seinen Anfang nehmen sollte. (§. 19. 20. der Einl.)

Was hingegen die „*vielfältigen einzelnen Vergleichserbietungen und dringenden Anträge*“ anbelangt, so dürften solche blofs in Ansehung derjenigen Kreislande statt gefunden haben, die den Herrn Fürsten zu Hohenlohe Neuenstein gehören, mit welchen im Juny dieses Jahres eine gütliche Uebereinkunft zu Stande kam. Nürnberg und Eichstädt haben in öffentlichen Blättern erklärt, dafs

der gar keinen Eindruck gemacht, oder man hat doch jedes Erbieten von der Hand gewiesen, welches wider alle natürliche Billigkeit, nicht einzig auf die gegenseitige Konvenienz berechnet gewesen. Die *bestimmtesten, gemäßigten und billigsten* Vergleichs-Erbietungen sind nur durch unbestimmte, allgemeine Aeufferungen erwidert worden, und überhaupt hat man gesucht die Negotiationen nur hinzuhalten, und in unabsehbliche, *voraussichtlich* fruchtlose Handlungen zu verwickeln. 3)

§. 3.

dass an sie dergleichen nähere Anträge nicht ergangen wären, und die fränkische Reichsritterschaft ist, vor der, am Ende des Monats Julius ihr zu Theil gewordenen öffentlichen Erklärung (Einl. §. 30. 3.) auf alle ihre Vorstellungen und Bittschriften gar keiner Antwort gewürdigt worden.

3) Waren die an Hohenlohe ergangenen Vergleichs-Erbietungen bestimmt, mässig, billig und bloß auf die Konvenienz dieses Fürstenhauses berechnet, so würde dieses der Königlichen Verheissung vom 17. März 1792. vollkommen entsprechen, und die Hoffnung der übrigen Nachbarn auf gleiche Großmuth

§. 3.

Die Geschichte der bisherigen Traktaten 4) lehrt überzeugend, dass Seine Königli-

muth und ihr Vertrauen zu dem Königlichen Versprechen rechtfertigen, dass „in *allen* solchen Fällen mit *Mässigung* und *Großmuth*“ verfahren werden soll. (Einl. §. 18. 2.)

Haben die mehrsten Stände sich bey dieser Sache unbillig oder unvorsichtig betragen, warum sollen nun auch die wenigen übrigen; warum auch die Unmittelbaren Nichtstände darunter leiden, die mit jenen deshalb weder Rath pflegen, noch abstimmen konnten; und hätten auch einige derselben — weiß nicht welche — Negotiationen einige Zeit hinzuhalten gesucht, wie wäre ihnen das zu verdenken?

Die deutschen Landesherren sind keinesweges die Souverains, wofür die Großen sie spitzfündig ausgeben, und gerade die Kleinsten am liebsten gelten möchten: Landeshoheit ohne Land und Leute ist eine Null ohne Ziffer; oder eine negative Größe. Kirchengüter sind zur Erhaltung der Religion, zur Verbreitung der Tugend und Sittlichkeit, der Wissenschaften und Künste bestimmt. Die reichsstädtische Magistrate sind bloß Verwalter der

nigliche Majestät, mit einstweiliger unverpfänglicher Hintansetzung Ihrer ur/peünglichen

der Landeshoheit, die reichsritterschaftlichen Direktorien haben keine andere Hoheitsrechte auszuüben, als die ihnen von den Genossenschaften übertragen, und von dem Reichsoberhaupte, als Kaiserlichen *wirklichen* Räthen anvertraut sind. Kein Reichsunmittelbarer, wes Namens, Standes und Würden er sey, ist befugt die *allenthalben* vom Kaiser und Reich zu Lehen herrührenden Hoheitsrechte, ohne Vorwissen und Willen der Reichs-Souvränität zu veräußern. Jede einseitige Veräußerung, und wenn sie dem Lehnmanne auch den größten Vortheil brächte, und auf seine *wahre* Konvenienz gänzlich, und *richtig* berechnet wäre, macht demohngeachtet nach Vorschrift der Gesetze eine *Felonie* aus, welche, ceteris paribus, die Folge hat, daß die Veräußerung ungültig bleibt, und die veräußerte Sache, wenigstens so lange der treulose Lehnmann lebt, dem Reichsfiskal nutznießlich heimfällt. Dieses reichsgesetzmäßige Verhältniß ist den Brandenburgern sehr wohl bekannt, und von ihren Lehnhöfen gegen landfässige Lehnleute von jeher in fruchtbarer Ausübung erhalten worden. — Wie läßt sich hier ohne wechselseitige Anzeige und Berathung, ohne Rücksprache

zwi-

chen Gerechtsame 5) Alles erschöpft haben,
was nur immer *Mäßigung*, *Friedensliebe*,
Zu-

zwischen Haupt und Gliedern ein Vergleich denken, der seiner Natur nach von beiden Seiten, und der traurigsten Erfahrung zufolge, auf Seiten des schwächeren Theils Nachlass, Verlust und Aufopferung nothwendig macht? —

Die *Königliche* Verordnung vom 17ten März 1792 will, dafs dieses Geschäft *nicht* mit Zudringlichkeit und Uebereilung, sondern „*reichs-konstitutionsmässig*“ geführt; und dafs darüber vor allen Dingen von den K. Regierungen und Landeskollegien *solche* Berichte erstattet werden sollten, die nicht auf die Heischefätze des rechtlosen Konvenienzrechts — womit die Trägheit; das Unvermögen den Mangel an Verdiensten ersetzen, und jeder Dorfadvokat, verunglückter Schulmeister, fechtender Litterate und Plusmacher etc. zu den einträglichsten Aemtern sich den Weg bahnen will — sondern auf gesetzmässige Ueberzeugung gegründet wären, und zugleich die *Gegengründe in ihrer ganzen Stärke* enthielten.
(Einl. §. 18. 5.)

Diese Gegengründe können den brandenburgischen Staatsbeamten in Ansehung der älteren Gränz-

Zuneigung zu ihren sämmtlichen Reichsmit-
ständen und Anhänglichkeit an die Ver-
fassung

Gränzdissidien schon bekannt seyn, da solche mehrmalen erwogen und bereits im Jahre 1722 in einer zu Culmbach (bey Nathanael Lumscher) erschienenen Druckschrift richtiger angeführt, als widerlegt wurden. Ganz anders verhält es sich mit den *neuern* und *neuesten* Dissidien: Hierunter finden sich Fälle die theils in älteren Zeiten niemals vorgekommen sind, theils auch in Zukunft einzig in ihrer Art bleiben dürften. Der Erbfall, welcher im Jahre 1792 vorkam, oder vielmehr mediantes Cessione befördert wurde (Einl. §. 13.) hat sich in der Reihe der brandenburgischen Regenten schon zweimal vorher ereignet: Auch in den Jahren 1370 und 1550 sind die Ansbach-Bayreuthischen Lande an das Kurhaus gekommen, und von solchem bald wieder abgesondert, und eigenen Regenten übergeben worden. Nirgends ist der Fall einer Besitznehmung durch Patente zu finden, die auf dem Gebiete der reichsunmittelbaren Nachbarn angeschlagen worden wären.

Selbst die im Julius d. J. zuerst erschienene Darstellungen und Erklärungen (Einl. §. 30. 31.) enthalten mehrere Gründe und Aeufserungen, die vorher niemals zur Sprache gekommen waren, und
daher

fassung von Ihnen fodern kann 6). Seine Majestät würden noch nicht müde werden,

daher auch noch nicht widerlegt werden konnten. Wie war es also möglich, daß die königlichen Regierungen und Landeskollegien alle diejenigen Gegengründe, womit ihre neueren Eingriffe und neuesten Hypothesen in Zukunft bestritten werden könnten und dürften im Voraus gekannt, und in ihrer ganzen Stärke ihren Berichten einverleibt hätten? —

Unter diese neuesten Hypothesen, die erst im Julius d. J. zum Vorschein gekommen sind, findet sich die Behauptung, nach welcher des jetzt *glorwürdigst* regierenden Königs Majestät durchaus unbefugt wären, von den gesammten Ansbach-Bayreuthischen Landen auch nur eine Erdschrolle zu vergeben oder ein darauf haftendes Recht zu veräußern. Eine Behauptung die weiterhin näher vorkommen wird. — Der Grund dieser wichtigen Behauptung ist, weil Kurfürst Albert Achilles in der Mitte des 14ten Jahrhunderts, diese Besitzungen mit den Kurlanden vereinigt und zum unveräußerlichen Fideicommiss bestimmt habe. — Und gleichwohl sollen andere Stände und Unmittelbaren, welchen es größtentheils ebenso wenig an Familienverträgen, Primogenituren und

den 7), auf diesem Wege fortzuschreiten
und das Beyspiel der höchsten Nachgiebig-
keit

und pactis de non alienando fehlt ihre Hoheits-
rechte veräußern und darüber stehenden Fusses
Vergleiche abschließen! —

4) Ja wohl lehrt die Geschichte der bisherigen Trak-
taten, wie sie in der Einleitung vorgetragen, und
einem ansehnlichen Theil des Publikums bekannt
ist, überzeugend, daß man brandenburgischer
Seits, den Nachbarn vorerst die — Köpfe ab-
schlagen und dann untersuchen lassen wollte, ob
sie das Recht haben Hütche zu tragen: Man fieng
damit an, daß man die Zeichen der Landeshoheit
auf nachberlichem Gebiete gewaltsam verkünden
(§. 13 — 17.) und dann alle Hoheitsrechte mit ge-
waffenter Hand ausüben liefs. (§. 23. etc. der
Einl.) Als man damit fertig war, wollte man
sich mit den, ihrer Landeshoheit verfassungswi-
drig entsetzten, und in den Landsassiat gestürzten
Ständen und Unmittelbaren in allem Ernste ver-
gleichen. — Auch hierüber kann das oben
(§. 27.) belobte Oberamt Hoheneck die beste
Auskunft geben. In mehreren an den unmittelba-
ren Reichsadel gerichteten Gewaltsbriefen, wird
zwar der, ohnehin notorische, mehrhundertjäh-
rige Besitzstand desselben nicht in Abrede gestellt,
dem-

keit zu geben, wenn 1) die am Ende Ge-
fahr laufenden Gerechtsame Ihres Königl.
Hau-

demohngeachtet seine ganze reichsgrundgesetzmä-
ssige Verfassung, bis auf einige Gerichtsbarkeit
aufgehoben, die ihm jedoch nur da, bleiben soll-
te „wo sie rechtlich hergebracht, welches genau zu
„untersuchen ist“ (M. S. die Einleitung S. 26.
ibiq. alleq.) Weiterhin wird dargethan werden,
dass den einzelnen Edelleuten, nach der Hand
noch ganz andere und in der That wichtige Vor-
theile angeboten wurden, wenn sie die branden-
burgische Landeshoheit willig anerkennen woll-
ten. — Hier ist nur noch zu bemerken, dass
dasselbe Oberamt, das alle, in und um seinen
Sprengel liegende reichsunmittelbare Besitzungen
kurzum für landsässig erklärt, und staatsrechtliche
Korporationen, die angesetztlicher Sanction der
Reichsstandschaft überall zur Seite stehen, und an
Alterthum über solche weit hinaus reichen — ge-
radezu verkennen und mit dem Miston der „so-
genannten Ritter - Kantons“ bezeichnen will; —
dass dasselbe Oberamt Hoheneck diesen Ritter-
Kantonen ehemals einverleibt war, und unter an-
dern Reichs-Adelichen Familien den Freyherren
von Seckendorff gehörte. (M. S. die oben ange-
führte Altmühlische Deduction Anlage 68. 69.)

5) Dass

Hauses 8), die Eigenschaft 2) unter der Sie die Regierung der fränkischen Fürsten-

5) Dafs veraltete Ansprüche „nicht“ hervorgefucht, und gegründete Gerechtsame „reichskonstitutionsmäfsig“ ausgeglichen werden follen, — dieses find die eigentlichen geraden und unverdrehbaren Worte des Königs.

6) Suum cuique ist die unbedingte Foderung der Gerechtigkeit; Unverletzlichkeit des Besizes die unnachlassbarste Bedingung der deutschen Konstitution. Mäfsigung fucht weder Ueberflufs, noch Friedensliebe die Oberherrschaft über unabhängige Nachbarn.

Aufrichtige Anhänglichkeit ist jeder Reichsstand der Verfassung fchuldig; Ehrfurcht und Dankbarkeit derjenige, dessen Erhaltung Wachsthum und Gröfse von ihr allein herrührt. Ohne die Secularisationen des Westphälischen Friedens würde die Preussische Monarchie nie geboren, und ohne den Landfrieden die brandenburgischen Besitzungen in Franken vielleicht wieder auf die Seigneuries Cadolzburg et Bareuth dahin geschwunden feyn. Bezeugt man dadurch Anhänglichkeit an der Verfassung, dafs man dem Oberstrichterlichen Ansehen im Reich öffentlich Hohn spricht? — In eigener Sache

stenthümer als successor singularis ex pacto et providentia majorum angetreten haben, die

Sache sich zum Richter aufwerfen; die Sache worüber man sich selbst zum Richter machte, sich gänzlich zu eigenen, den darüber verhängten Prozeß mit der Execution anfangen und dieses alles zur Zeit des Unglücks, des öffentlichen Elendes und allgemeinen Jammers; — ist das Gerechtigkeit, kann das Großmuth seyn? — *Nemo fere est qui sui periculi judex non sibi se aequiorem quam reo praeber.*

7) Müde werden? Erst seit dem Jahre 1792 haben Seine Majestät die Regierung der Ansbach-Bayreuthischen Lande angetreten. Und warum sollte der König in der Ausübung Seiner Regenten-Tugenden so bald müde geworden seyn? Der Text giebt von dieser seltsamen Behauptung drey merkwürdige Gründe an, die etwas näher betrachtet werden müssen.

8) Die Gefahr des Königlichen Hauses! — Nach der Eroberung Polens kann Preußen 2 bis 300,000 gerüstete Krieger unterhalten. Diese Macht würde, wenigstens zu der Zeit — als den unglücklichen Franken selbst die Billigkeit des Feindes mißgönnt, und der bekannte Würzburgische Vergleich,

die daraus *unwidersprechlich* 9) fließende Unverbindlichkeit zu Anerkennung *nachtheiliger* 10) unter der vorigen Regierung geschlossen-

gleich vom 20. Thermidor, wegen seines *ewig unvergesslichen* 12. Artikels zerstört ward; — im Julius dieses Jahres, von der französischen Sambre- und Maas-Armee nur allzu handgreiflich unterstützt. — Die verrosteten Helme der Reichsritter und die Staats-Perrücken der Nürnbergischen Senatoren müssen also wohl sehr fürchterliche Wesen seyn, daß sie einer so großen Macht Gefahr drohen können. —

9) *Nil* inter homines sic est indubitatum, ut non possit tamen suscipere quandam sollicitam dubitationem. — Sogleich wird gezeigt werden wie unwiderleglich diese Schlussfolge ist, und das Principium woraus sie gezogen wird, (Anm. 12. 13.)

10) Konvenienz, und nichts als Konvenienz! Gleichwohl wollen Seine Majestät hierinn mit Mäßigung und Großmuth verfahren und die brandenburgischen Regierungen sollen sich darinn aller Gründe aus dem Konvenienz-Recht sorgfältig enthalten. (Einleit. §. 18.) Eine Königliche Weisung, die ohne vorherigen gerechten Anlaß, gewiss nicht ergangen wäre. —

schlossenen Handlungen und Verträge, welche nach der Hausverfassung und den Familiengesetzen keine Gültigkeit haben 11) und selbst 3) Ihre Würde 12) Sie nicht auf-

foder-

11) *Handlungen und Verträge!* — Wenn man Aeusserungen dieser Art in ihrer Allgemeinheit und Verbindung mit den Thatfachen nehmen wollte, die sie rechtfertigen sollen, so müßte man fast glauben: Die Stammväter des Königlichen Hauses hätten Ihre rechtmässigen Nachfolger der Regierung entsetzen, dagegen aber gewisse neubrandenburgischen Politiker zu Mitregenten aufnehmen wollen. —

12) Heilig ist mir und jedem Deutschen die Würde des Königs, den seine Unterthanen den Vielgeliebten nicht bloß nennen, sondern der es wirklich ist, und zu seyn verdient. Aber der Verfasser des Textes muß die Blößen seiner Argumentation einigermaßen selbst gefühlt haben, daß er sie mit der, über allen Zweifel erhabenen Königlichen Würde so geffentlich zu bedecken sucht. —

Es bleibt also in Hinsicht auf die brandenburgischen Vorschritte in Franken, nur derjenige Grund übrig, welcher aus der Eigenschaft eines

successoris singularis ex pacto et providentia ma-

F

jorum

foderten endlich bestimmte Maasregeln zu ergreifen.

§. 4.

jorum hergeleitet wird, und der, an sich, keinesweges unwichtig ist. Allein wenn man auch annehmen wollte, dafs die deutsche Erbfolge in Fürstenthümer und Reiche, in den engen Begriff des römischen Tituli singularis sich einzwängen liesse, so dürfte dabey dennoch für Brandenburg *nichts* zu gewinnen, vielmehr mancherley zu verlieren seyn. —

Dafs die Erbrechte auf Land und Leute nicht ex beneficio defuncti herfliessen ist nach dem Naturrecht entschieden: Sunt enim patrimonium populi (Grotius de J. B. et P. Lib. 2. C. 6. §. 11. n. 1.) und nach den deutschen Rechten und Gewohnheiten, *ordentlicherweise* nicht minder wahr und in acquisitionis lege et pacto majorum gewöhnlich näher bestimmt und festgesetzt (Ludwig. de obligatione successoris in Principatus et Clientelas C. 1. §. 3. 7. Leyser: de iniquitate et recto usu expectativarum §. 36. in M. ad D. Vol. 4. p. 1290.) Demohngeachtet ist die Frage: Ob Regenten alle Handlungen ihrer Vorfahren zu genehmigen haben, schon oft vorgekommen und für und wider erörtert, jedoch hier und da glücklicher praktisch beigelegt, als theoretisch entschieden

§. 4.

Seine Königliche Majestät wollen sich
über Ihre Zuständigkeiten und die Gründe

F 2

auf

den worden. Dieses staatsrechtliche Problem hat
hauptsächlich den Staatsschulden sein Daseyn zu
danken.

Staatsschulden — erzählt Linguet in seinen
Annales politiques civiles et litteraires (T. I.
p. 38. 41. edit. de la Haye 1777.) übermäfsige
Staatsschulden und ihre natürliche Folge, der sin-
kende Nationalkredit, haben unter Ludwig XIV.
die Maxime erzeugt: Monarch und Monarchie sey
einerley und der König von Frankreich dem Ge-
setze der Natur nicht unterworfen. Es ist merk-
würdig, dafs dieselbe Ursache in zween benach-
barten Staaten gerade entgegengesetzte Wirkungen
hervor bringen konnte: Während, dafs die Fran-
zosen ihre Königlichen Schuldenmacher nach dem
Tode fortleben liefsen, waren mehrere Deutsche
stark daran, ihre verschuldeten Fürsten bey leben-
digem Leibe für todt zu erklären. — Denn todt
und viel schlimmer noch, als nicht geboren ist
der unglückliche Regent dessen Nachfolger zur Er-
füllung seiner *Verträge und Handlungen* überall
nicht verbunden ist.

Vor

auf die sie sich stützen nicht nur hiedurch öffentlich erklären 13), sondern auch diese

Vor allen Dingen muß man die Handlungen eines Regenten, vor den eigentlichen *Regentenhandlungen* genau unterscheiden. In Ansehung der Letzteren sind unsere vorzüglichsten Staatsmänner und Publicisten in so fern einverstanden, daß sie den Nachfolger, dieser mag Abkömmling oder Stammvater, oder keines von beiden seyn — oder vielmehr den Staat verbinden, in dessen Namen sie geschehen sind. Welche Handlungen aber solche, den Staat verbindende *Regentenhandlungen* ausmachen? — Diese Frage ist leichter aufzulösen als mancher glaubt und wünscht. Es giebt nur *einen* Maasstab, nach welchem Regentenhandlungen bestimmt und richtig beurtheilt werden können: Der Endzweck des Staats die Bestimmung des Staatsvermögens und der Beruf des Regenten machen seine wesentlichen Bestandtheile aus.

Der Staat ist eine Gesellschaft die zu ihrer Sicherheit und Glückseligkeit sich einem Oberhaupte unterworfen hat. Das Staatsvermögen ist das Mittel, wodurch dieser Endzweck erreicht werden soll, und die zweckdienliche Anwendung dieses Mittels, die Bestimmung; das Geschäft; der

ein-

se von jetzt an, ein für allemal zur bestimmten und unabweichlichen Richtschnur Ihres Ver-

einzigste Auftrag, den ein Regent von Gott und der Welt erhalten haben kann. Unsere Regenten stellen aber, nächst der moralischen Person der bürgerlichen Gesellschaft, verschiedene andere Personen vor. Sie sind zum Theil, Väter, Brüder, Verwandte, Freunde, Gatten, Liebhaber etc. und das alles weder ex lege regia noch ex pacto majorum; folglich auch nicht als Regenten sondern als Privatpersonen. (Hert: de uno homine plures sustinente personas, S. 2. §. 8. in opusc. T. 3. p. 34.)

Die Gränzlinie zwischen Regentenhandlungen, und den fernern Verrichtungen irgend eines Regenten liegt also klar vor Augen, und ist in den mehrsten Fällen unverkennlich. Nicht minder evident ist der Satz, daß alle Regenten, die Vermuthung für sich haben, daß sie den Staatsendzweck erreichen können und wollen. Alle Handlungen die sie in dieser Absicht unternehmen sind für den Staat und für seine nach einander folgende Oberhäupter und Repräsentanten vollkommen verbindlich, der Erfolg mag übrigens absichtsmässig oder zweckwidrig ausgefallen seyn. (Grotius I. B.

Verfahrens annehmen 14) und Ihre Höchsten Gerechtsame mit Nachdruck aufrecht erhalten.

§. 5.

B. et P. L. 3. c. 14. Cocceius ad eundem p. 287. seq. und 296. Struben in den R. B. Th. I. St. I. §. 1. etc.)

Wenn hingegen der Regent als Ehemann, Freund etc. Verträge schließt, Geschenke verspricht, Schulden macht, Anwartschaften ertheilt etc. etc. so können diese Handlungen, ordentlicherweise, weder den Staat noch den Nachfolger Verbindlichkeiten auflegen, es sey denn, daß 1) der Regent dem Staate oder seinem Nachfolger gerechte Eroberungen oder Eigengut hinterlassen, oder 2) der Staat die Privathandlungen genehmigt hat; daß 3) dadurch die allgemeine Wohlfarth zufälligerweise befördert, oder 4) wahres Verdienst um den Staat belohnt wurde, in welchem Fall die Schuld des Volks bezahlt und sein Vortheil vermehrt wird.

13) Sie reduciren sich alle auf den Rechtsatz der Successionis singularis ex pacto et providentia majorum, der in der vorstehenden Anmerkung dahin bestimmt wurde, daß solcher die Verbindlichkeit des

§. 5.

Höchst dieselben haben Sich die ganze Geschichte Ihrer fränkischen Fürstenthümer mit

des Successoris, die *Regentenhandlungen* seines Vorfahren zu erfüllen durchaus nicht auflösen könne, vielmehr sie bevestigen und auf verschiedene Gattungen der übrigen Geschäfte des Regenten erstrecken müsse.

Diese Lehre stimmt auch mit dem Leben der besten Regenten, und mit der Gewohnheit der gebildetesten Völker überein: Dem Tiberius waren alle Regentenhandlungen des Augustus heilig (Tacit. annal. IV. 37.) und der Senat verordnete durch ein Edict, daß solche nicht widerrufen werden könnten. (ibid. I. 77.) Die Pension hingegen, welche M. Hortalus vom August genossen hatte, wurde als eine, um den Staat nicht verdiente Versorgung, wieder eingezogen. (ibid. II. 38.) Nero, der seinen Nebenmenschen weder Treue noch Glauben hielte, erklärte auch die Handlungen seiner Vorfahren für unverbindlich, und Galba liefs den Anstalten Neros dieselbe Gerechtigkeit widerfahren. (Suetonius in Galba c. 15.) Titus hingegen bestätigte das Vergangene aus Pflicht und gutem Herzen (Suetonius in Tito Cap. I.) und seinem

mit authentischen Beweisen belegt, vor-
tragen lassen 15) und *alle die verschiedenen*
und

seinem Beispiele folgten diejenigen Kaiser die Ti-
tulse waren, und der Nachwelt bleiben wollten.

So verfahren alle gebildeten Völker und guten
Regenten, und wenn zuweilen Abweichungen er-
folgten so wurden die einzelnen Fälle immer als
Ausnahmen von der Regel, oder für zweifelhaft
geachtet, ob sie wirkliche Regierungshandlungen,
oder Privatsgeschäfte des Regenten beträfen. Dafs
aber ein solcher Zweifel, in Absicht auf *Landesho-*
beits und andere *Territorial - Irrungen* und die darü-
ber mit unabhängigen Nachbarn geschlossenen
Verträge nicht statt finden könne bedarf keines
Beweises.

14) Nicht mehr als billig, wenn die Foderfätze,
worauf diese Konklusion beruhet, gegründet sind.
Dafs die fränkischen Stände und Unmittelbaren,
das Principium successionis singularis ex pacto et
providentia majorum nicht zu befürchten haben,
kann so lange für entschieden angenommen wer-
den, bis die brandenburgischen Politiker die hier
vorgetragenen Gründe erwogen und widerlegt
haben.

Dafs

und individuellen Verhältnisse gegen die
einzelne Nachbarn, von ihrer ursprüng-
lichen

Dafs solches aber, besonders in Verbindung mit dem titulo singulari juris romani manchem Königlichen Nachbarn in Franken sehr zu statten kommen könne mögen die Kenner der brandenburgischen Geschichte beurtheilen, welchen nicht unbekannt seyn kann, dafs auch die Herren Markgrafen von der Christianischen und Ernestinischen Linie in währendem Laufe von mehr als 200. glücklichen und gefegenten Regierungsjahren das Land unendlich verbessert, und mit nicht wenigen neuen Erwerbungen erweitert haben. —

So bekannt dieser Gegenstand auch ist, so verdient er dennoch in Ansehung der unterliegenden wichtigen Angelegenheit, einige nähere Beleuchtung, die ihm der Verfasser dieses, in den Erholungstunden, die sein Beruf verstattet widmen dürfte, wenn ihm hierinn keine fähigere Feder zuvorkommen, oder — welches jeder deutsche Bürger wünschen muß — die allgemein verehrte persönliche Güte und Gerechtigkeitsliebe des Königs den Zwist nach den Eingebungen des Königlichen Herzens, oder reichskonstitutionsmäßig endigen möchte.

lichen Verfassung an, bis auf ihre neueste Lage, sorgfältig geprüft 16). Durchaus hat

Für jetzt, wird derjenige, welcher die Königliche Erbfolge vom Jahre 1792 nach *römischen* Satzungen berechnet, sich gefallen lassen, daß solche, nach der deutlichen Entscheidung desselben Rechts, so lange der Herr Markgraf Alexander am Leben ist, nicht jure Cessionarii proprio, sondern blos jure cedentis (L. 5. C. de hereditate vel A. V. L. 4. §. 28. D. de doli et metus except.) oder nach L. 2. C. ne liceat Potentioribus noch gar nicht, statt finden könne, und bis dahin aufgeschoben werden müsse, daß Seine Hochfürstliche Durchlaucht der Natur den Leibzoll entrichtet, und am Rande des Grabes der Erbfolge ex pacto et providentia majorum den Eingang geöffnet haben wird.

15) Friedrich II. hatte schon frühzeitig die brandenburgische Geschichte bearbeitet, und bey reiferen Jahren die schätzbaren Memoires pour servir à l'histoire de Brandenbourg herausgegeben. Sein würdiger Thronfolger hat sicherlich eben so wenig gewartet, bis die Weisen von Ferne — sich hervorthun, und Seiner Majestät die Geschichte des Königlichen Hauses bekannt machen würden.

Wann

hat sich aber nur *ein* Resultat gezeigt; dafs nämlich die Landeshoheit in dem ganzen
ver-

Wenn aber

16) das Königliche Ministerium die Pro-
zessgeschichten der fränkischen Fürstenthü-
mer (Legion ist ihre Zahl!) gegen ihre Nach-
barn, mit denjenigen authentischen Beweisen
sich vortragen liess, die nach der Meinung eines
alten Bürgermeisters (Cicero) jeder rechtende
Theil zu haben glaubt; wenn dabey „*alle*, die
„*verschiedenen* und *individuellen* Verhält-
„nisse gegen die *einzelnen* Nachbarn (ihr Na-
„me ist Unendlichkeit!) von ihrer *ursprüngli-*
chen Verfassung an (welche in die undurchdring-
liche Finsterniss des mitteleren Zeitalters sich ver-
liert) bis auf ihre neueste Lage (folglich mit den
zahllosen Veränderungen und Modificationen die
sie während eines Zeitraums von vier bis acht-
hundert Jahren, unter immerwährendem Wechsel
von Krieg und Frieden, Ruhe und Zerrüttung
etc. erleiden mussten) sorgfältig geprüft wurden —
so muss dieses alles die gerechte Hoffnung bele-
ben, dafs endlich auch der Gegentheil gehört, und
die gegenseitigen Gründe, zufolge der Königlichen
Verordnung vom 17ten März 1792 „*in ihrer ganzen*
Stärke“ ebenfalls erwogen werden, dann aber
durchaus und überall das Resultat sich zeigen

vermarkten Bezirk 17) der fränkischen Fürstenthümer Sr. Königl. Majestät über alle frem-

werde, daß 1) die Herren Burggrafen aus dem Hause Hohenzollern, wie viele andere Menschenkinder, durch reiche Heurathen erspriesliche Dienste, die sie dem Kaiser geleistet, durch gute Oekonomie und persönliche Tapferkeit; vorzüglich aber vermittelt der starken Arme ihrer getreuen Bürger - und Bauersleute — ansehnliche Güter in Franken erworben haben, die aber nach Maasgabe der Erwerbungszeit, nicht auf einem Flecken zusammen, sondern sehr zerstreuet, und unter andere Reichslande vermischt lagen; daß 2) diese ansehnliche Güter, nachdem sie in die kahotischen Verwirrungen des mittlern Zeitalters mächtig herangewachsen waren, von dem deutschen Kaiser in ein Fürstenthum erhoben, aber, natürlicher Dinge nach, in kein zugerundetes Gebiet, oder unmittelbar zusammenhängendes Land umgezaubert werden konnten; daß hingegen 3) die dergestalt durcheinanderlaufende Gränzlinien oft in Verwirrung geriethen, und viele nachbarliche Irrungen veranlaßten die in den Zeiten des Faustrechts durch das berüchtigte Einfallen, Einreiten, Abfeigen etc. wie auch in offener Fehde abgethan wurden, nach Errichtung des

fremde 18) Inassen und Angehörige der benachbarten Stände zustehe; dass diese
Lan-

des Landfriedens aber der oberstrichterlichen Entscheidung unterworfen sind, dass ferner 4) diese ansehnlichen brandenburgischen Besitzungen unter demselben Verhältnisse, als *ein* im Reichsverbande stehendes *appellables* Fürstenthum von den Herren Markgrafen besessen und an das Königliche Haus gekommen seyn; dass folglich 5) durchaus nichts anders möglich ist, als dass diese Verhältnisse a) entweder aufrecht erhalten, oder b) mit einer Staatsverfassung, welche anständige Freyheit und Sicherheit des Eigenthums gewährt, zugleich aufhören und zu Grunde gehen müssen.

17) Zugegeben; aber nur so, wie die Vermarkungen vor dem Jahre 1792 waren, nicht wie sie seit dem durch Anheftung der Patente Nummerirung der Häuser Verzeichnung der Grundstücke etc. eigenmächtig verändert, und mit öffentlicher Gewalt verrückt wurden.

18) Dieses kann aus dem richtig bestimmten Vordersatze 17) so wenig folgen als die zahlreichen Brandenburger, die in fremdherrischem Gebiete eingeschlossen sind, deswegen aufhören brandenburgische Unterthanen zu seyn. Der Name ändert

Landeshoheit schon auf die ursprüngliche Bestandtheile 19) dieser Fürstenthümer, Reichs-

dert die Sache nicht, und was im Texte hier „fremde Insassen“ heisst, das ist in Franken, Schwaben, und am Rhein unter dem Namen: Fremder Unterthan, seit Jahrhunderten bekannt. Wenn man Deutschland geographisch betrachtet, so finden sich freilich viele Höfe, Dörfer Flecken und ganze Bezirke, die dem Scheine nach in fremdem Territorio liegen und von solchen umgeben werden. Ganz anders verhält sich die Sache im Sinne Rechts und der deutschen Konstitution: Hier giebt es weder fremde Insassen noch Unterthanen, noch ein Territorium in Territorio, sondern jedes Reichsland, jedes staatsrechtlich vereinigte Güter-Korpus, und wenn es auch in tausend Trümmer getheilt, und durch das ganze heilige römische Reich zerstreuet wäre, macht ein eigenes, für sich bestehendes und moralisch zusammenhangendes Territorium aus, das in allen Theilen, an allen Ecken und Enden unter demselben gesetzlichen Schutze stehet, dessen die übrigen physisch zusammenhangenden Reichslande sich zu erfreuen haben.

19) Schon auf den ursprünglichen Bestandtheilen? — Unter die fränkischen Erbkönige war, ausser dem
Re-

Reichslehn und Reichs-Allodien 20) oder Dynestien gehaftet habe. Dafs sie von den vori-

Regenten, niemand fähig wesentliche Hoheitsrechte zu besitzen. In den Raufereyen des mittlern Zeitalters war weder Landeshoheit noch Eigenthum denkbar. (Einl. §. 3.) Beiden gab der Landfrieden sicheres Daseyn, und der westphälische Friedens-Schluss Bestimmtheit, Dauer und wahre gesetzliche Sanction: „*Cette paix, qui sert de base a toutes les possessions et a tous les droits des Princes d'Allemagne*“ (Memoires de Brandenb. p. 61. edit. 1754.)

Schon auf den ursprünglichen Bestandtheilen? — Nur auf den Bestandtheilen die von Karl IV. in ein Fürstenthum erhoben wurden können die Hoheitsrechte haften, welche mit dieser Würde verbunden, und in dem Kaiserlichen Gnadenbrief ertheilt sind, die aber weder auf nachbarliche Ländereyen, welche ähnliche Hoheitsrechte aus derselben Quelle geschöpft hatten, noch über die Kaiserlichen Reservatrechte erstreckt werden können, die niemanden verliehen wurden, die durch alle Künste der Politik dem Reichsoberhaupt noch nicht haben entrissen werden können, und die ein vorzügliches Band ausmachen, wodurch

vorigen Besitzern derselben rechtmässig hergebracht, und an das Haus Brandenburg durch die *ehrwürdigsten* Rechtstitel übergegangen 21) durch den *ältesten* Be-

durch die deutsche Staatsverfassung zusammengehalten und bevestigt wird.

20) Also doch auch Allodien! Wie wenn diese Allodien unter die markgräfliche Regierung völlig erhalten und beträchtlich vermehrt worden wären? — Die älteren brandenburgischen Staatsbeamten mögen sich hierüber einstweilen erklären, bis Zeit und Umstände die weitere Entwicklung dieses Gegenstandes verstatten werden. (Anm. 14.)

21) Die Erwerbetitel des mittlern Zeitalters waren bekanntlich sehr verschiedener Art und Wesens. — Seit jenen Zeiten der Gesetzlosigkeit und bürgerlichen Kriege haben die rechtlichen Verhältnisse eine solche Veränderung erlitten, dass ich nicht verbürgen möchte, dass mancher ehemals sehr ehrwürdige Rechtstitel jetzt nicht für ein Verbrechen geachtet und bestraft werden könnte. — Als der brave Markgraf Albert vor etwa drey- oder vierhundert Jahren, seine Nachbarn unaufhörlich befehdete und das Städtchen Greifenberg, wie Ale-

Befitzstand 22) geheiligt, durch die Grund-
gesetze des Reichs 23) und von Fällen zu
Fäl-

Alexander die Hauptstadt der Oxideracen einnahm,
erhielte er die Beinamen Achilles und Ulysses.
Da in unseren Tagen ein nicht minder tapferer
Reichsfürst nur eine kleine Reichsgraffschaft in
Besitz nehmen, und durch die Eroberung der
gräflichen Residenz ebenfalls Hektor oder Herku-
les werden wollte, so wurde ihm der Genuß die-
ser sonderbaren Ehre von Kaiser und Reich ver-
boten, und Friedrich der Zweite war der Erste,
der die reichsrichterlichen Mandata vollziehen
wollte, und vollkommen vollzogen hätte, wenn
man nicht von selbst umgekehrt, und in den Weg
der Gesetze und guten Ordnung eingelenkt wä-
re. — (M. S. Recueil des deductions manifestes
declarations et autres actes et ecrits publics, qui
ont été redigés et publiés pour la Cour de Prusse,
par le Ministre Comte de Herzberg depuis l'année
1778 jusqu'a l'année 1789 Vol. II. p. 470. u. f.)

Und wozu das unaufhörliche Erinnern an Be-
griffe und Handlungen, die zur Ehre der Mensch-
heit in ewiger Vergessenheit bleiben sollten? Der
Land- und Westphälische Frieden haben die ehr-
würdige Fahne der Rechtlichkeit über sie ge-

Fällen durch die Reichslehnbriefe bekräftigt war 24) und also so wie die ganze deutsche

schwungen; sonst sind Rechtstitel eigentlich nur im Staate, unter dem Gesetze möglich. —

22) Ein sehr wichtiges Geständniß, daß allein hinlänglich wäre, die ganze Sache zu entscheiden. Von den ursprünglichen *wahren* Bestandtheilen der Ansbach - Bayreuthischen Lande, wie sie von den nürnbergischen Burggrafen und brandenburgischen Markgrafen per secula seculorum, besessen wurden kann weder hier, noch sonst in den Gränzdisidien die Rede seyn. Es kömmt hier, nächst einigen veralteten Ansprüchen, hauptsächlich auf die Ländereyen an, die erst seit dem Jahre 1792 von den brandenburgischen Aemtern gewaltsam occupirt wurden, und worauf Brandenburg den *ältesten* Besitz zu haben behauptet. — Wie alt dieser älteste Besitz sey, wird der Geschichts - und Rechtskundige wohl schwerlich jemals auffinden können. Der Text scheint solchen in die Zeiten des Albert Achilles anzunehmen und folglich über den Landfrieden hinaus zu setzen; — und dieses ist gerade das Fehlerhafteste bey der ganzen Sache: Wäre der angebliche Besitzstand nicht der älteste, sondern der minder alte, neuere oder neueste, so dürfte solcher in dem letzten Falle von niemanden

ge-

fche Verfassung unerschütterlich fest gegründet sey 25).

G 2

Keines-

gestört, oder gewaltthätig aufgehoben werden. (Einleit. §. 3. 4. 5.) Jeder Eingriff in den jüngern, oder jüngsten Besitzstand müßte, und wenn er auch auf unzählige Ansprüche und wirkliche Rechtstitel gegründet wäre, zurück genommen und vor allen Dingen der jüngste Besitz und die öffentliche Ruhe wieder hergestellt werden.

Um wie vielmehr muß dieses den Ständen und Unmittelbaren in Franken zu statten kommen, die erst seit dem Jahre 1792 eines Besitzes entsetzt wurden, der nicht erst kurz vorher angefangen, sondern selbst nach dem gegenseitigen unumwundenen Geständnis, schon mehrere Jahrhunderte ununterbrochen fortgewährt hat, von allen Reichsgrundgesetzen anerkannt und unverletzbar erklärt worden ist: „*Et nulli omnino statuum liceat jus suum vi et armis persequi, sed si quid controversae, sive jam exortum sit, sive posthac incidet, unus quisque jure experiatur: Secus faciens reus sit fractae pacis etc.*“ (J. P. O. Art. 17. §. 7.)

23) Diese

Keineswegs also, wie man hier und da wähnen will 26) auf das bloße Regal

23) Diese sind es eben, worauf die bedrängten Stände und Unmittelbaren sich berufen, und die hierinn nothwendig entscheiden müssen. (Not. antec.)

24) Ist gar kein Gegenstand des Streits. Dieser betrifft vorzüglich solche Besitzungen, worüber nicht Brandenburg, sondern dessen fränkische Nachbarn die bündigsten Lehnbriefe und andere Urkunden in Händen haben, die alle zum Vorschein kommen werden, sobald der jüngste Besitzstand wieder hergestellt, und der vordersten unachlassbarsten Bedingung der Konstitution Genüge geleistet seyn wird.

25) Und umgekehrt: Wer einen Theil des deutschen Reichs angreift; wer den Besitzstand mit gewaffneter Hand verletzt, der erschüttert das ganze Staatsgebäude, und drohet ihm den nahen Einsturz.

26) In diesem Wahn war niemand, als die brandenburgischen Schriftsteller. Geleits-Recht, hohe Jagd, Fraisch und Blutbann, waren die vorzüglichsten Waffen womit sie im Gerichte, ihren Nach-

gal 27) des Blutbanns stützt sich die brandenburgische Landeshoheit über die Infasen der

Nachbarn zu Leibe giengen. (M. S. z. B. die brandenburgische Deduction: Nobilis territorio subiectus. Kulmbach 1722. und vergleiche damit die kleine Abhandlung: Nobilis territorio non subiectus 1721.)

27) Auch dieses gehört zu dem Wahn, worinn die brandenburgischen Schriftsteller bisher waren. Der angegriffene Theil und das übrige Deutschland war so weit entfernt, dieses Recht für ein Regal zu erkennen, dass vielmehr allgemein behauptet wurde, dass dergleichen Gerechtsame niemals Kennzeichen der Landeshoheit waren, sondern zu allen Zeiten, unbeschadet der Landeshoheit, auf fremdem Gebiete ausgeübt werden konnten, und hier und da selbst auf brandenburgischen Grund und Boden, von den Nachbarn ausgeübt werden.

(M. S. Limn. J. P. 6. c. 3. Goldast polit. Rechtshandel Th. 5. unter der Ueberschrift: Cent, Halsgericht, freischliche Obrigkeit Geleit etc. S. 990. und Wehner: Obf. pract. p. 520. Engelbrecht; de servitut. juris Publ. Heumann: de Criter. superior. Territ. und v. A.)

28) Al-

der fränkischen Fürstenthümer, sondern sie gründet sich auch auf unverwerfliche Rechtstitel, auf Urkunden, auf die Erwerbsurkunden 28) über die einzelnen schon im Jahre 1363 von Kaiser Karl IV. in *EIN* Fürstenthum 29) vereinigten Bestand-

28) Allen diesen schönen Sachen (worüber sich noch vieles wird sprechen lassen, wenn sie jemals zum Vorschein kommen sollten, — gehet dennoch das Wichtigste ab: Der Besitzstand, seit dem Land- und Westphälischen Frieden, ohne welchen in Deutschland weder eine Konstitution, noch Gesetze noch Rechtstitel denkbar sind; *Cette paix qui sert de base a toutes les possessions et a tous les droits des Princes d'Allemagne.*

29) Und alle diese Rechtstitel und Urkunden sagen weiter nichts, als das die brandenburgische Besitzungen in Franken in *ein* Fürstenthum vereinigt wurden? Ist es möglich, das man aus diesem, in allen ähnlichen Urkunden vorkommenden Ausdruck, auf ein zusammenhängendes, oder gar zugrundetes Gebiet schliessen könne? Die zum Theil isolirten Mainzischen Besitzungen machen *ein* Kurfürstenthum aus. Die Schwarzenbergischen Herrschaften; die in ganz Deutschland zer-

streu.

standtheile des Ansbach - Bayreuthischen Staats.

Nie

streuten Güter des Deutschen - und Johanniter-Ordens sind ebenfalls in *einzelne* Fürstenthümer erhoben. In dem Hochstift Wirzburg, das ebenfalls *ein*, und ein vorzügliches Fürstenthum ausmacht, sind unter andern, die brandenburgischen Aemter Brixenstadt, Mainbernheim, Mt. Steft etc. eingeschlossen. Eine ähnliche Lage hat Streitberg und mehrere andere brandenburgische Ortschaften im Bambergischen. Und gleichwohl sind auch die Bambergischen Lande von denselben Kaisern in *ein* Fürstenthum erhoben worden! —

Wer die in dieser Schrift berührte, und sonst dem deutschen Publikum bekannte Thatfachen, in Hinsicht auf ihre wahrscheinliche Absichten und Folgen, reiflich erwägt, der dürfte auf das Resultat gerathen, daß Preussen, auf eigenen Kräften gestützt, alle, seiner Botmäßigkeit untergebene Provinzen, von ihren älteren Verhältnissen und Verbindlichkeiten losmachen, nach einförmigen Gesetzen und *einem* Regierungsplan beherrschen wolle. Ein Gedanke, der des weisesten Regenten würdig, aber freilich leichter auf einer wüsten Insel, die erst angebaut und bevölkert werden soll, als im Mittelpunkte Europens auszuführen seyn mag.

Nie ist diese Landeshoheit den älteren Regenten der brandenburgischen Fürstenthümer in Franken bestritten worden 30) und wenn solche gleich vor zwey und drey Jahrhunderten 31) den Umfang noch

mag. Sollte dieser Fall sich indessen je ereignen, so werden alsdann alle preussische Besitzungen von Emden bis Verriden, von Memel bis Neuschatel nur *ein* Königreich seyn; deshalb aber vor der Hand noch lange kein geschlossenes, zusammenhangendes oder gar zugerundetes Territorium ausmachen.

30) Wahr; in so fern sie nicht außer den Gränzen der brandenburgischen Fürstenthümer erstreckt werden wollte. Wo dieses aber der Fall war, da wurde sie allerdings bestritten, und von den höchsten Reichsgerichten in die Schranken der Gesetze und Verfassung zurück gewiesen. Wie hätten auch die mindermächtigen Stände, die wehrlose Reichsritterschaft und (Geistlichkeit) es wagen dürfen ihre mächtigen Nachbarn in ihrem Gebiete anzugreifen und dort Hoheitsrechte in Anspruch zu nehmen, die seit dem Landfrieden mit dem Besitzstand wesentlich verbunden waren?

noch nicht haben konnte, den ihr die neuern Staatsverhältnisse gegeben haben, so war sie doch ihrem wahren Begriffe und Wesen nach immer das, was sie nach den damaligen Verhältnisse seyn konnte 32) und

31) Zwey und drey macht fünf Jahrhunderte. Vor fünfhundert Jahren mag es mit der Landeshoheit der brandenburgischen Regenten wohl so richtig noch nicht gewesen seyn wie der Text zu verstehen giebt. — (M. S. Friedr. II. Memoires de Brandenb. p. 2. 3. und den lehrreichen Aufsatz: Des Moeurs et Coutumes, de l'industrie, des progrès de l'esprit humain dans les arts et dans les sciences. 1754.) Vor Drey hundert und Ein Jahr aber erhielt Deutschland sein vorderstes und vorzügliches Reichsgrundgesetz, worin Kaiser und Reich sich wechselseitig zugesichert und heilig verbunden haben, den Besitzstand *Aller*, und *eines Jeden* aufrecht zu halten, und alle Ansprüche und Zwistigkeiten im Wege Rechts auszumachen. (Einleit. §. 3.)

32) Das heist: Blutwenig gegen das, was sie durch den Westphälischen Frieden geworden ist, und das nicht die Rechtstitel der Brandenburger, sondern die Staatsklugheit der Franzosen und Schweden errungen

und das höchste Kleinod des Landesherrn
 33) Kurfürst Albrecht Achilles hat 1473 diesem Kleinode durch das dem Publikum schon im Drucke bekannte 34) brandenburgi-

gen hat. (M. S. Memoires et negociations secretes de la Cour de France touchant la paix de Munster T. I. Gärtners Westph. Friedenskanzley T. 4. p. 150. seq.)

33) Landeshoheit war vor dem Land- und Westphälischen Frieden weder dem Ausdrücke noch dem vollen Begriffe nach bekannt. Was man in jenen unruhigen Zeiten der inneren Kriege und Befehdungen mit Grund annehmen und den, der Gewalt der Kaiser untergebenen Obrigkeiten beylegen könnte, reduzirt sich auf Kaiserliche Verwilligungen und Gnadenbriefe, die überall nach dem Buchstaben erklärt und weder über *aeque vel magis privilegiatos* noch über die Kaiserlichen Reservatrechte ausgedehnt werden können.

34) In Extenso ist dieses Familiengesetz meines Wissens niemals bekannt geworden. Was sich in Schützens *Corpore historiae Brandenburgicae Diplomatico* und bey anderen brandenburgischen Schriftstellern davon findet, bestehet in einigen unerheblichen Bruchstücken, die auf die Gränzirungen mit den Nachbarn nicht den mindesten Bezug haben.

gische Hausgrundgesetz auf immer den Charakter der Unveräußerlichkeit aufgeprägt 35) und *unmittelbar* von diesem Ihren großen Ahnherrn schreiben sich die Successionsrechte

35) Um der lehnbaren Landeshoheit in einem Reichs-Fürstenthume den Charakter der Unveräußerlichkeit aufzuprägen — dazu hat es wahrlich weder der Achillese noch Agamemons bedurft. Schon das alte Kaiserrecht (Art. 23. 26. 27. 28.) der Schwabenspiegel (c. 21. und 26.) und die, in die neue Gesetzgebung aufgenommene Verordnungen der Kaiser Lothars II. und Friedrichs I. (II. f. 52. 53.) haben dieses in Hinsicht auf deutsche Staaten, besser und kräftiger bewirkt, als der bündigste Familienvertrag im Stande ist, der im Grunde doch immer mehr Sache der einzelnen Familie, von und für welche er spricht, als der übrigen bewohnten Welt ist, die davon in den meisten Fällen weder vollständige Nachricht erhalten noch verlangen kann. Eben dieser Charakter der Unveräußerlichkeit haftet auch auf denjenigen unmittelbaren Besitzungen, welche die brandenburgischen Gränzämter seit dem Jahre 1792 occupirt haben, und worüber die rechtmässigen Herren und bisherigen Besitzer sine Consensu Domini Directi agnatorumque sich nun vergleichen sollten! (Anm. 3.)

rechte Sr. jetztregierenden Königlichen Majestät von Preussen auf die fränkischen Fürstenthümer her; 36) unmittelbar von ihm

36) Warum nicht gar vom Tafsillo! Albert Achilles ward durch die Abdankung seines Bruders Friedrichs II. Kurfürst, und vereinigte die Kurlande mit seinen fränkischen Besitzungen; theilte solche aber vor seinem Tode wieder unter seine drey Söhne, so dafs dem ältesten die Kurmark, dem zweyten Bayreuth und dem dritten Ansbach verblieb. Die beyden fränkischen Linien blüheten über hundert Jahre ununterbrochen fort. Im Jahre 1591 traf auch sie das Schicksal im Mannstamme zu erlöschen, und ihre Besitzungen dem Kurfürsten Johann Georg zu hinterlassen. Dieser hatte nun zwar die Kur- und fränkischen Lande wieder zusammen gebracht, hielt sich aber, so wie sein gröfser Ahnherr, berechtigt sie ebenfalls zu trennen. Unbekümmert um die Albertinischen Familienverfügungen theilte er seine Besitzungen unter seine 3. Söhne Joachim, Christian und Ernst, Joachim wurde der Stammvater des Königlichen Hauses, und von den beyden letzteren ist, in der Person des Herrn Markgrafen Alexander noch ein männlicher Nachkommen am Leben. Johann Georg ist also der *nächste* gemeinschaftliche Stammvater aller Linien.

ihm gehet im staatsrechtlichen Sinne 37) die Erbfolge auf Se. Majestät über, und

37) Um Vergebung! — Im staatsrechtlichen Sinne muß, wenn von der Erbfolge in Fürstenthümer und Reiche die Rede ist, das *Erbrecht*, von der Erbordnung sorgfältig geschieden werden. Erstes fließt natürlicherweise a primo acquirente her, und ist nach dem Erwerbungsvertrag zu beurtheilen. Dagegen kann jeder Besitzer in Absicht auf seine leibliche Nachkommen wenigstens in dem Falle die Erbordnung ändern, wenn diese noch nicht geboren sind, oder die Veränderung sich gefallen lassen, welches letztere auch in Ansehung der übrigen eventuellen Erbfolger statt findet. In diesem Falle befand sich Kurfürst Johann Georg, und seine drey Söhne Joachim Christian und Ernst, die sammt und sonders die Landestheilung, und folglich eine so wesentliche Veränderung der Albertinischen Disposition anerkannt, und in ihren Nachkommen während mehr als zweihundert Jahren heilig erfüllt haben. Es ist nicht etwa eine litterarische Meinung oder Hypothese; es ist eine ausgemachte staatsrechtliche Wahrheit, daß Familiengesetze nicht bloß vom ersten Erwerber, sondern auch und hauptsächlich von einem zunächst gemeinschaftlichen Stammvater errichtet, und da-

Journal 1713 durch

und eben so 38) unmittelbar folgt hieraus, daß Se. Majestät befugt sind, das Familien-

durch, wenigstens in dem bemerkten Fall, die Verordnungen des ersten Erwerbers aufgehoben werden; daß folglich die *Erbfolge*, nach dem künftigen Hintritte des Herrn Markgrafen Alexander, (Einleit. §. 13. Anm. 14.) keinesweges von Albert Achilles, sondern einzig und allein von dem nächsten Stammvater Johann Georg auf Seine Königliche Majestät übergehen könne. Wenn aber diese, keinem Zweifel ausgesetzte Königliche Erbfolge weniger auf rechtliche Verhältnisse als auf die Eroberungsplane eines Helden gegründet werden sollte, so hätte solche füglich bis zum Brennus etc. hinauf geführt werden können. Wenigstens dürfte in Absicht auf Erbordnung, kein Grund zum Stillstehen zu finden seyn; wenn man über den *Stipitem proxime Communem* hinaus gegangen ist. (M. S. Putter: in jure priv. principum §. 14. 15. und desselben Abhandlung: de Normis decidendi successionem fam. illustrium controversam u. a.)

Merkwürdig ist hierbey noch, daß man den jetzt, glorwürdigst regierenden *friedliebenden* König, so gerne dem Helden des *medii aevi* anreihen will, da Friedrich II. sich lieber an den *fried-*

lien - Fidecommiß in eben dem Zustande und der vollen Integrität zurück zu fordern, als es Albrecht seinem hohen Hause hinterlassen hat 39) vernichtet wäre, also hie-

friedlichen Johann Georg, und an seine Gemahlin Sophie angeschlossen, die eine Prinzess von Liegnitz war, und einige Ansprüche auf Schlesien eingebracht haben soll. —

38) Dieses müßte, nach Berichtigung der Prämissen (Anm. 36. 37.) „eben so wenig“ etc. heißen, wenn von irgend einer wirklichen Schmälerung der Königlichen Besitzungen, nach allen ihren *wahren* Bestandtheilen und Verhältnissen, die Frage seyn könnte.

39) Und das Seiner Majestät weder die nürnbergischen Rathsherren, noch die Domkapitularen zu Bamberg noch die gesammte Reichsritterschaft streitig machen, oder auch nur in Anspruch nehmen wird. — Es wäre in der That lustig, wenn die neubrandenburgischen Politiker sich vorgesetzt hätten, die Welt zu bereden, daß die Integrität der Ansbach - Bayreuthischen Lande von den wehrlosen Nachbarn verletzt worden wäre; daß das Milchlamm den Löwen erwürgt, die Taube den Adler angefallen und gerupft hätte. —

hiedurch jeder *neuere* Besitz 40), in welchen sich unterdessen die Infasen der fränkischen Fürstenthümer in Absicht einzelner Hoheitsrechte geschwungen haben 41) vernichtet wären alle die von den Infasen mit den vorigen Regenten über einzelne Ausflüsse der Landeshoheit *unrechtmässig* 42) geschlossenen Verträge. Seine
Maje-

40) Erst müßte die deutsche Konstitution vernichtet, und der Grundstein derselben: die Unverletzlichkeit des Besitzstandes aufgehoben und zertrümmert werden. (Einleitung §. 3. 4. 5. 6.)

41) Seit dem Land - und Westphälischen Frieden, waren die mindermächtigen Stände und Reichsunmittelbaren gewiß nicht in dem Fall, sich in irgend einen fremden Besitz zu *schwingen*. Ihre ganze Thätigkeit, verbunden mit dem höchsttrichterlichen Schutze war kaum hinlänglich die gesetzwidrigen Angriffe der Mächtigen abzuwehren, und einen geringen Theil dessen zu erhalten, was sie von Rechtswegen als ihr Eigenthum ansehen konnten. —

42) *Unrechtmässig*? Die Handlungen des geringsten Bürgers müssen so lange für rechtmässig gehalten werden

Majestät wollen aber keine ungegründete Rechte geltend machen 43) nur können Sie *alte* gegründete 44) Gerechtsame Ihres Hauses, nach Ihren Regentenpflichten 45) nicht

werden bis das Gegentheil gerichtlich erwiesen ist, um so mehr die Regentenhandlungen deutscher Reichsfürsten.

43) Der Königlichen Erklärung vom 17ten März 1792 angemessen.

44) Gegen das Alter dieser Ansprüche wird wohl nichts einzuwenden seyn; denn sie gehen, wie wir eben gesehen haben, über den Landfrieden hinaus. Desto mehr aber dürfte sich gegen ihre Gründlichkeit erinnern lassen, wenn sie jemals ordnungsmässig angebracht und ausgeführt werden sollten. — (M. S. Anm. 12. 13. 14.)

45) „Liebet Gerechtigkeit, die ihr die Erde richtet! Wohlthun ist die Stütze des Throns und Gerechtigkeit seine Grundveste.“ (Sprüchw. 20. 28.)

Gute Regenten haben es sonst auch unter ihre heiligsten Pflichten gezählt, die Regentenhandlungen ihrer Vorfahren zu genehmigen, besonders wenn diese ihre Blutsverwandten und Freunde wa-

nicht aufgeben. Höchstdieselben werden keinen andern als den rechtmässigen Besitz behaupten und sich zueigenen 46) aber Sie können auch keinen unrechtmässigen *neuern* 47) blos in Entsetzungen und Beinträchtigungen gegründeten gegentheiligen

ren; eine Pflicht, deren Erfüllung sie nicht minder ihren Vorfahren als dem Staate und — sich selbst schuldig zu seyn glaubten. —

46) Das wird sich zeigen, wenn die Königliche Regierungen zu Ansbach und Bayreuth die Besitzungen wieder herausgegeben haben werden, die ihre Untergebene den wehrlosen Nachbarn seit dem Jahre 1792 gewaltsam abgenommen haben und noch vorenthalten.

47) Der unvordenkliche Besitzstand ist, nach den wesentlichsten Reichsgrundgesetzen kein *neuer*, sondern ein wohl hergebrachter verjährter Besitz, der vollends, wenn er bis zum westphälischen Frieden hinauf reicht, und mit dem jüngsten Besitzstand zusammenhängt, den vollgültigsten Rechtstitel ausmacht. (J. P. O. art. 8. §. 1. art. 17. §. 7.)

48) Be-

gen Besitzstand 48) anerkennen. Weit entfernt Sich den Erkenntnissen der höchsten Reichsgerichte entziehen zu wollen, werden Sie bereitwillig jedem rechtskräftigen Urthel Folge leisten 49) aber Sie können jene häufigen Mandata nicht als rechtskräftige Urthel gelten lassen 50), welche

H 2

che

48) Beeinträchtigungen! Entsetzungen! — Wo, wann und von wem sind diese Wunder bewirkt worden? Die Preussen pflegen sonst, eben keine sonderliche Freunde von Mirakel zu seyn. — *Hoffentlich werden also die neubrandenburgischen Politiker sich hierüber näher erklären, und dem deutschen Publikum hierinn den verstocktesten Unglauben benehmen. — (Anm. 39.)*

49) Ist gesetzliche Schuldigkeit, ohne welche weder Reichslande noch Reichsverfassung bestehen können. (Einleit. §. 3.)

50) Mandata haben nie rechtskräftige Urthel gelten können und sollen: Sie sind, nach dem Ausdruck der Gesetze, zur „Aufrechterhaltung des Landfriedens und Rechts“ bestimmt, das heisst: Damit niemand Richter in eigener Sache seyn, sondern seine Ansprüche vor dem obersten Reichsrichter an-

che von den Nachbarn und Invasen unrechtmässig erschlichen worden sind 51) und

anbringen soll; — sie sind provisorische Verfügungen, wodurch der Landfrieden erhalten, und die öffentliche Ruhe und Sicherheit hergestellt werden kann. Rechtskräftige Urtheile sollen sie um so weniger ausmachen, als sie vielmehr demjenigen Theil, der den andern nicht anspruchlos lassen will, den Rechtsweg öffnen, und jedes Mandat mit der Ladung: *ad parendum vel excipiendum* ausdrücklich verbunden ist. —

51) Auch dafür hat die Gesetzgebung hinlänglich gesorgt. Die K. G. O. (Th. 2. tit. 23.) der R. A. vom Jahre 1594 und der jüngste Reichsabschied, geben die wirksamsten Mittel an Handen, die gegen erschlichene Mandata angewendet werden können, und schon oft mit dem besten Erfolge gebraucht worden sind. Warum haben die brandenburgischen Publicisten gegen die in vorigen Jahre ergangenen höchstrichterlichen Mandata keine *Exceptiones sub - et obreptitii* angebracht?

Wenn die fränkischen Stände und Unmittelbaren deren Besitzungen seit einigen Monden dem Reichsverbande völlig entrissen, und der branden-

bur.

und welche selbst nach dem Sinne 52) der Reichsgesetze über Ihre Regalien und Gerechtig-

burgischen Landeshoheit unterworfen wurden, sich endlich von der Betäubung, die ein so harter Schlag veranlassen muß, erholt, und die staatsgesellschaftliche Hülfe aufgefordert und Mandata und Ladungen auf den Landfrieden erhalten haben werden etc. — dann dürfen die Brandenburger nur darthun, daß sie den ruhigen Besitz im Reiche nirgends gestört, sondern jene nachbarliche Ländereyen von jeher und immerdar befaßen hätten, und die Hufaren, unter deren Fuchtel so mancher Huldigungseid geschworen wurde; die Kerkermeister zu Dietenhofen, Ipsheim, Kadolzburg etc. etc. die auf das Ein- und Unterwerfen sich ebenfalls nicht übel verstehen, und Herr Stieler selbst, der den deutschen Bürger mit Haut und Haar und Leib und Leben sich zueignet, und die pflichtmäßige Wahrung der bestehenden Verhältnisse; die Anhänglichkeit an Kaiser und Reich für Rebellion erklärt; (Einl. §. 26. 27.) alle Werkzeuge der Ungerechtigkeit können diese Einreden am besten beurkunden.

52) Nach dem Laut und Geiste der Konstitution können Mandata so wenig über Regalien, als über
den

rechtfame nicht entscheiden können. Seine Majestät sind endlich nicht gemeint *alle*, von den Nachbarn mit den vorigen Regenten geschlossene Verträge *unbedingt* aufheben zu wollen 53) aber Höchstdieselben *dürfen* nach den brandenburgischen Hausgesetzen 54) diejenigen *nachtheiligen* Ver-

den Bettelsack des Diogenes entscheiden. (Not. antec.) Die Entscheidung folgt ihnen aber gewöhnlich auf dem Fusse nach, wenn es mit der erforderlichen Rechtfertigung des Impetraten nicht gehen will, und nach *gerichtlicher Erwägung* der Sache, Gehorsams - und Vollziehung - Urtheile erkannt werden müssen.

53) Unbedingt und alle, oder gar keine. Hier giebt es, so lange Gesetze und Verfassung bestehen, nichts abzuhandeln. Es kömmt blos auf den Umstand an: Ob Verträge, die ein Reichsfürst mit andern Reichsunmittelbaren, über Gränz- und ähnliche Irrungen öffentlich geschlossen hat, Regentenhandlungen sind. — (M. S. Putter: *Primae lineae* J. P. P. Cap. X. §. 64.)

54) Nach den brandenburgischen Hausgesetzen *dürfen* Kurfürst Johann Georg die fränkischen Fürsten-

Verträge nicht anerkennen, wodurch ohne Genehmigung Ihres Königlichen Kurhauses ganze Bestandtheile der fränkischen Für-

stenthümer von der Kurmark trennen (Anm. 36.) und das Hausgesetz, wovon der Text spricht, gerade im wesentlichsten Theile aufheben. — Darf doch das Königliche Ministerium in Franken gegenwärtig, dem unmittelbaren Reichsadel, unter der Bedingung des Landsassats, nächst verschiedenen anderen annehmlichen Dingen — die Allodification der Lehngüter anbieten, und durch deren Annahme dem Königlichen Hause eine so rechtmäßige als ergiebige Vergrößerungsquelle auf ewig verstopfen. Und des Königs Majestät, Höchstwelche die Preussische Monarchie so sehr erweitert und beglückt haben, sollen die Regentenhandlungen ihrer Ahnherren nicht genehmigen dürfen; wohl aber sollen Seine Majestät Ihre Vorfahren und Blutsverwandten, als unwürdige Familienglieder, ungerechte Fürsten und treulose Nachbarn öffentlich darstellen, und den noch lebenden letzten Nachkommen derselben dem Ungemach aussetzen dürfen, das ihn allenthalben, besonders in einem Lande treffen kann, wo der König wie der Bettler vor Gerichte stehen und seine Verträge erfüllen muß. —

Fürstenthümer veräußert 55) oder wesentliche Hoheits- und Regierungsrechte nachlässig verschleudert 56) worden sind.

Seine

55) Die man mit dem Mykroskop suchen muß, und wogegen allemal wichtigere Vorthelle eingetauscht seyn werden. Regentenhandlungen verbinden den Staat; dieser, oder sein Repräsentant muß am besten wissen, ob sie ihm Nutzen, oder Nachtheil bringen. Die neubrandenburgischen Politiker würden es wahrscheinlich eben nicht sehr behaglich finden, wenn ihr gerechter und guter König von ihnen Bürgschaft verlangte, daß ihre gewalthätigen Fürschritte in Franken ihre Angriffe auf nachbarliches Eigenthum und die deutsche Staatsverfassung noch nach Menschenalter dem Preussischen Staate vortheilhaft seyn werden; — und den ehemaligen Brandenburgern sollen keine andere Handlungen hingehen, als die nach hundert und mehreren Jahren noch eigennützige Absichten begünstigen!

56) Ihr, die ihr seit Jahrhunderten der Ländervergrößerung nachgejagt, *alle* eure Nachbarn beeinträchtigt, der Geistlichkeit so manches Opfer entrißen und der Reichsritterschaft unheilbare Wunden

Seine Königliche Majestät erklären sich darüber gegen jeden einzelnen 57) ihrer fränkischen Nachbarn nach den verschiedenen individuellen Verhältnissen 58) mit aller Offenheit, und wollen durch die gegenwärtige allgemeine Erklärung 59) zu-

Wunden geschlagen habet : Regenten und Minister der brandenburgischen Fürstenthümer in Franken ! Hier ist der Dank für euere Erwerbungen, der Lohn eurer Mühseligkeiten, und die Lobrede auf eure Regierungs- und Dienstjahre ! —

57) Oeffentlich sind keine andere Erklärungen erschienen, als die am Ende der vorstehenden Einleitung bemerkt wurden, die aber nicht an *jeden einzelnen* der Königlichen Nachbarn in Franken, sondern blos an zwey Reichsstände und die Reichsritterschaft in corpore gerichtet sind.

58) Diese müssen sehr zahlreich seyn (ad N. 16.) dem Verfasser dieses ist indessen, wie gesagt, davon nichts zu Gesicht gekommen ob schon sein Beruf ihn damit hätte bekannt machen können. Sie werden übrigens vielen Stoff zur Betrachtung geben, und manche Feder in Bewegung setzen, wenn sie jemals an das Tageslicht treten sollten. —

59) Wel-

zugleich die *feyerliche* Auffoderung ergehen lassen, daß alle und jede *Ihrer* Infassen 60) und Nachbarn, welche an die Königliche Landeshoheits - Rechte aus einem *gültigen* Vertrage, *rechtmässigen* Erwerbtitel oder durch einen *gegründeten* Besitz Anspruch zu haben glauben 61) diese ihre Ansprüche dem fränkischen Landesministerium

59) Welche die auf alle passende allgemeine Grundsätze enthält, und jene größtentheils überflüssig macht. —

60) Oben (Text ad 18) werden sie *fremde* Infassen genannt und vor dem Jahre 1792 hießen sie noch: fremde oder fremdherrische Unterthanen.

61) Nichts von allem diesem: Die bedrängten Stände und Unmittelbaren machen nicht den mindesten Anspruch auf die Königlichen Landeshoheitsrechte; sie wünschen blos diejenigen Territorial - und gutsherrschaftlichen Verhältnisse zu erhalten, in deren Besitz und Genuß sie bis zum Jahre 1792 waren, und worinn sie nach Vorschrift der deutschen Konstitution, von niemanden, wes Standes, Würden und Wesens er sey, aus keinem Grunde und unter keinem Vorwande gestört werden durften.

rium 62) vorlegen mögen. Seine Majestät werden von demselben mit aller Offenheit und Treue darüber unterhandlen lassen 63) und jede rechtlich documentirte Be-

62) Landesministeria sind Gesetzgeber aber nicht zugleich Gesetzverwefer oder Justizkollegien, die reichsständische Gränzirungen, nach ihren vielfältigen positiven Bestimmungen rechtlich erwägen, und schlichten könnten; und das Königliche Ministerium zu Ansbach ist kein Reichsgericht, das über reichsunmittelbare Personen und Sachen zu rechten hätte. — Als Ludwig XIV. der kein Stand des Reichs, sondern ein unabhängiger Souverain war, seine Reunionskammern eröffnete und Gesetzgeber, Kläger, Richter und Advokat in seiner höchsten Person vereinigte, so gab Seine Majestät hierüber den erforderlichen Aufschluss, indem der Krieg erklärt und Deutschland zur Gegenwehr aufgefordert wurde. Haben wir denn keine Gesetze mehr, und hat Preussen dem deutschen Reich den Krieg angekündigt? —

63) *Nemo fere est, qui sui periculi judex non sibi se aequiorem quam reo praeber.* — Eigenmacht und Selbsthülfe führen geraden Weges zur Anarchie, und stehen nicht blos mit der deutschen Kon-

Befugniss eines andern gern anerkennen.
 64) Höchstdieselben erklären hierdurch
 wie-

Konstitution sondern mit allen europäischen Regierungsformen im auffallendsten Widerspruche. Dem Reichsunmittelbaren kömmt es auch nicht zu, Territorialinstanzen über die höchsten Reichsgerichte zu erheben, oder eine staatsgesellschaftliche Verbindung, ohne Vorwissen und Willen der Mitkontrahenten, nach einseitiger Konvenienz zu verlassen.

64) Wirklich! — Den durch alle Reichsgrundgesetze geheiligten Besitzstand will man nicht anerkennen. Staatsverträge, oberstrichterliche Erkenntnisse, alle Regierungshandlungen ihrer ehemaligen Herren und Wohlthäter wollen die Neubrandenburger mit einem Federstrich vernichten, dagegen wollen sie den mißhandelten Nachbarn erlauben, die ihnen entriffene Rechte in Ansprüche einzukleiden, und denjenigen die über Gesetze und Verfassung sich so leicht hinaus setzen konnten supplicando vorzutragen, und diese Ansprüche will man alsdenn, wenn sie — *rechtlich documentirt befunden werden* in der That anerkennen! — Womit hat die vaterländische Konstitution; womit haben die wehrlosen Unterdrückten diesen bitteren Spott verschuldet? —

wiederholt auf das feyerlichste 65), daß Ihnen nichts willkommener seyn könne als alle vorwaltende Landeshoheitsirrunge mit Ihren fränkischen Nachbarn in der Güte und durch Purifications-Vergleiche 66) beigelegt zu sehen, wozu Ihr fränkisches Landesministerium mit jeden hierzu bereitwilligen Nachbarn die ungefäumte
te

65) An Feyerlichkeit fehlt es nun freilich wohl nicht; desto mehr aber an der dem Königlichen Herzen Seiner Majestät entsprechenden Gerechtigkeit die sonst keine Freundin von schaalem Wortgepränge, und von der feyerlichsten Feyerlichkeit die abgefragteste Feindin zu seyn pflegt.

66) Beigelegt und purifizirt ist bereits alles, und war es schon zu der Zeit, als diese Feyerlichkeiten öffentlich begannen. (Einleit. §. 30.) Fremde Unterthanen in vermischten Ortschaften, reichsunmittelbare Höfe, Weiler, Dörfer, Flecken und ganze Herrschaften, wurden von einigen Husaren-Eskadrons so purifizirt und dem brandenburgischen Territorium beigelegt, daß man von ihrem Verhältnisse zu Kaiser und Reich, nur noch in den stillen Klagen der Unterdruckten einige Spuren finden kann.

te Einleitung treffen wird 67). Ueberhaupt werden Seine Majestät *Ihre* Gerechtigkeit nie verläugnen 68) und zum

vol-

67) Einleitung zum Vergleich? Nachdem man den Gegenstand des wirklichen und angeblichen Streits *pure* hinweggenommen; unabhängige Nachbarn der militärischen Gewalt, und was noch viel schlimmer ist der Rachgier und teuflischen Schadenfreude gewisser Unterbeamten preis gegeben hat? — Man hänge einen gefunden Menschen über den rauchenden Trichter des Vesuvs, lege das Messer an dem Faden woran er hängt, und rufe Gott und die Welt zu Zeugen auf, dass man sich mit ihm vergleichen wolle! —

68) Auf Erden giebt es nur *eine* Gerechtigkeit wie *eine* Tugend, für den Hohen und Niedrigen, den Großen und Kleinen, den König und den Bettler. Dieser ewigen Wahrheit hat Friedrich II. in einem Edict vom Jahre 1779 und Friedrich Wilhelm II. in der Verordnung vom 17ten März 1792 öffentlich gehuldigt. Aber der volle Beweis, den der Text hiervon liefert, ist in forma et re so verunglückt, dass man wenigstens zweifeln muss, ob er das Thema mehr beweisen als widerlegen kann. — Ein anderer brandenburgischer Schriftsteller,

vollen Beweise Ihrer treuen Anhänglichkeit an die Verfassung, jede gegründete Reclamation 69) worüber sich keine gütliche Ver-

steller, der Verfasser von: *Europens politischen Lage und Staatsinteresse* — denkt von der Gerechtigkeit der Könige anders und besser: „Verzeiht“ — sagt dieser patriotische Brandenburger im a. B. S. 145. —

„Verzeiht mir Regenten noch eine Bemerkung der Wahrheit: Wenn die Gerechtigkeit sich von den Thronen entfernt, wenn der Stärkere allenthalben den Schwächern unterdrückt etc. — Wenn ganz Europa über die Gerechtsame eurer Ansprüche nur eine Stimme hat etc. — Wenn die Stimme der Menschheit gegen euch laut gen Himmel schreyt, dann entfliehet mit der Gerechtigkeit die Achtung, mit der Großmuth, die des Schwachen schonet etc. alles Gefühl von Neigung aus dem Herzen aller Redlichen, und mit ihnen die Zuneigung eurer eigenen Völker!“

69) Schon sind der Reclamationen viel, an die Königlichen Ministerien zu Ansbach und Berlin ergangen, bis zur Stunde (November 1796) ist noch keine gegründet befunden, oder auch nur mit einer

Vereinigung treffen läßt 70) den reichsgesetzmäßigen Weg der Austräge bereitwillig öffnen 71).

ner zweckmäßigen Antwort beehrt worden; es sey denn, daß man die immer weiter gehende Gewaltthaten der Gränzer und Hufaren-Purificationen etc. für Königliche Resolutionen ansehen wollte.

70) Rechtliche Entscheidungen machen gütliche Auskunftsmittel, und erzwungene Vergleiche den kleinen Krieg aus, der nicht selten den größern nach sich zog. Nur in der Rücksicht werden gerichtliche Verhandlungen minder gütliche Vereinigung, als Vergleiche genannt, daß Letztere von allen Seiten willkührlich sind, der Weg Rechtens aber von einem oder dem andern Theil nothwendig betreten werden muß.

71) Reichsgesetzmäßig ist die Austrägalinstanz allerdings; aber nicht in allen Fällen, nicht unter allen Umständen und allemal den höchsten Reichsgerichten untergeordnet. Zu den vielen Fällen, welche in dieser Instanz reichsgesetzmäßig nicht angebracht werden können gehören, Besitzentsetzungen, Spolien und Landfriedensbrüche. Welchen Letzteren sogar der Kreis, worinn sie vorkommen,
len,

len, unverzüglich zu steuern, und nöthigenfalls Gewalt mit Gewalt zu vertreiben befugt und verpflichtet ist. (Einleit. §. 3.) Auch die Austrägal-Instanz hat ihre gesetzliche Organisation; und den Land- und Westphälischen Frieden und alle übrigen Reichsgesetze zu Entscheidungsregeln. Der leidende Theil durfte sie folglich, so wenig als irgend einen andern Gerichtshof — die Revolutionsgerichte ausgenommen — zu scheuen haben, zumal von solcher noch immer an die höchsten Reichsgerichte appellirt werden kann. Allein weder dieser noch irgend eine andere Potenz ist berechtigt die Reichsverfassung einseitig zu ändern, und diejenigen Gesetze aufzuheben, die dazu bestimmt sind, gerade den wesentlichsten Theil der Konstitution: Die öffentliche Ruhe, die Sicherheit des Eigenthums, zu erhalten. Möchte es doch dem Verfasser des Textes gefällig seyn über die rechtlichen Verhältnisse der Austräge wenigstens die Kammergerichtsordnung (Th. 2. tit. 8.) noch zu lesen! —

Wer derselbe auch seyn mag, so wird er es mir hoffentlich gerne verzeihen, daß ich die, fast in jeder Zeile seines Aufsatzes vor Augen liegende Mißgriffe lieber auf Rechnung des Kopfes, als des menschlichen Herzens habe setzen wollen:

Attollit ac frangit vires causa; quae nisi iusta sub-
est excutit arma pudor.

Juven.

* * *

S c h l u s s.

So wenig es sich auch, unter den gegenwärtigen Umständen, verbergen läßt, daß die öffentliche Ruhe in Franken unterbrochen, der Land- und Westphälische Frieden in den empfindlichsten Theilen verletzt und die Grundveste der deutschen Staatsverfassung gewaltsam erschüttert worden sey; so groß ist hingegen die Hoffnung, daß bald Sicherheit und Ordnung wiederkehren; daß Brandenburg seinen Irrweg erkennen und verlassen, dem milden Rufe der Gesetze, der einhelligen Stimme des bedrängten Vaterlandes williges Gehör leihen, oder daß endlich doch der *allgemeine* Frieden dieses Namens würdig seyn, und derjenigen die durch den Krieg und *bey Gelegenheit des Krieges* (occasione belli) gelitten haben sich gerechtest annehmen werde.

Haben die verewigten Urheber des Westphälischen Friedens es nicht unter ihrer Würde gehalten, für den bessern Lebensunterhalt einer Wittwe zu sorgen, einigen Waisen Aussteuer zu bedin-

gen,

gen, den nachbarlichen Irrungen eines Grafen von Leiningen und unzähligen andern, an sich geringfügigen, in Beziehung auf das Ganze aber, und die, folchem zum Grunde liegende Unverletzbarkeit des Besitzstandes, höchstwichtigen Gränzdisidien ganze §§. zu widmen; — ist eben diese Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit der Territorien in Deutschland von den Deutschen für die Quelle ihres Glücks, von den angränzenden Nationen als eine veste, für jeden Ueberfall sichernde Ringmauer, und von allen wahren Staatskennern als eine wesentliche Bedingung angesehen worden, worunter die grossen Endzwecke der Staatsgesellschaft: Sicherheit, allgemeine Ruhe und Entwicklung der Menschenkräfte, in einem hohen Grade erreicht werden können, — so wird man wohl die frohe Hoffnung hegen dürfen, daß unsere *Erbabene Gesetzgeber und Friedensstifter*, von derselben Wahrheit beseelt, nach gleichen Grundsätzen verfahren, der Mindermächtigen und Wehrlosen sich verbandsmässig annehmen, und eben den Theil des Staatsgebäudes wieder herstellen und befestigen werden, der zunächst Schaden gelitten hat, und der Beschädigung in Zukunft, mehr als andere, ausgesetzt ist. Nur müssen die Einwohner des schadhaften Theils auch ihrer Seits, ihre Schuldigkeit thun, kein rechtliches Hülfsmittel unversucht lassen, und alle ihre staatsgesellschaftliche Pflichten, in so fern es in ihren Kräften stehet, getreulich erfüllen.

Ein Gebäude, das von *einem* seiner zahlreichen Bewohner niedgerissen, von allen andern aber, und von einer *großen* Nachbarschaft durchaus erhalten und unterstützt werden will, das wird aufrecht stehen bleiben: So gewiss so wahr und so lange als — moralische Kraft, verbunden mit überwiegender physischen Stärke die Welthandel hienieden lenken wird. —

Seite . Zeile, Anstatt . Soll heißen:

23 — 20 Ou On

93 — 2 Rechtstitel *solche* Rechtstitel

Schmidt, Friedrich Christian, 1755-1830

Beyträge zum Staats- und Völkerrecht der Deutschen

Bd.: Erster Theil

Regensburg 1796

J.publ.g. 730-1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10561225-5

VD18 80015123